Gelsenkirchener Zeitung.

Bezugspreis monatlich durch Boten zugestellt oder durch die Post bezogen 6000 Mk.
Einzel-Nummer 200 Mk.
Erscheint täglich, außer an Sonn- und Festtagen.
Gratis-Beilagen: „Gelsenkirchener Sonntags-Zeitung“ und „Am Herdfeuer“.
Telegramm-Adresse: Gelsenkirchener Zeitung. — Postscheck-Konto Essen Nr. 13146.
Geschäftsstelle: Gelsenkirchen, Ahstraße 37, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernspech-Anschluß: Amt Gelsenkirchen Nr. 124 und 125.
Verlag und Rotationsdruck von Chr. Münstermann in Gelsenkirchen.

Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (31 mm breit) 120 Mk., im Ortsverkehr 100 Mk., für Wohnungs- und Stellengesuche, sowie Verkäufe nicht geschäftlicher Art 70 Mk.
Reklamen 1 mm Raumhöhe (80 mm breit) 400 Mark.
Für Aufnahmen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für Aufträge mittels Fernsprecher wird keine Gewähr und für Druckfehler keine Haftung übernommen. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.

Nr. 105 (Erstes Blatt) | Mittwoch, den 16. Mai 1923 | 59. Jahrgang.

Auch Japan empfiehlt neue Vorschläge.

Die inner- und außenpolitischen Schwierigkeiten.

Die Antwort Japans.

WTB **Berlin**, 15. Mai. (Telegr.) Die japanische Botschaft hat heute nachmittag im auswärtigen Amte folgende Antwort ihrer Regierung auf die Note der deutschen Regierung vom 2. Mai übermittelt:

Die japanische Regierung hat das neue deutsche Angebot, das in dem Memorandum vom 2. Mai 1923, Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien vorgelegt wurde und das die gesamte Reparationsfrage umfaßt, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen.

Die japanische Regierung ist nicht in der Lage, sowohl hinsichtlich des Gesamtbetrages der Reparationssumme als auch der Modalität der Zahlungen und der Garantien dem Reparationsplan ihre Zustimmung zu geben. Da die in der obenerwähnten Note der deutschen Regierung gegenwärtigen Interessen Japans nicht so groß und vital sind, wie die der anderen Alliierten, an die die deutsche Note gerichtet ist, nimmt die japanische Regierung davon Abstand, sich über die Einzelheiten des neuen deutschen Angebotes zu äußern.

Sie möchte aber ihren lebhaften Wunsch zum Ausdruck bringen, die deutsche Regierung möge weiter geeignete Schritte in dieser Richtung unternehmen, um eine baldige und freundschaftliche Regelung der ganzen Reparationsfrage auf einer billigen Grundlage zu erreichen.

Um die deutsche Antwort.

Die innerpolitische Lage.

Von unserm Berliner Vertreter.

Z. **Berlin**, 15. Mai 1923. (Telegr.)

Die Beratungen der Reichsregierung über die Schritte, die auf Grund der von allen Mitgliedern der Entente eingegangenen Antwortnoten zu unternehmen sein werden, haben heute begonnen und den ganzen Tag angedauert. Neben den Fragen grundsätzlicher Natur handelt es sich vor allem darum, festzustellen, in welcher Weise eine Antwort erfolgen könnte, auf welche Punkte sie sich beziehen müßte, und, ob sie an die Gesamtheit der Entente oder an die einzelnen Staaten zu richten sei. Man befindet sich zurzeit natürlich erst in vorbereitenden Verhandlungen. Ein schneller Abschluß ist umso weniger zu erwarten, als man zunächst bemüht ist, eine Reihe von Vorfragen zu klären und die Gesamtsituation sehr sorgfältig zu überprüfen. Soviel steht fest, daß Neigung vorhanden ist, den einmal angesponnenen Verhandlungsfaden weiter zu führen.

Man kann heute auch bereits die Haltung der Parteien deutlich übersehen. Während die deutschnationale Rechte in Verbindung mit der deutschvölkischen Gruppe die englische Note für eine Fortsetzung der Diskussion als nicht geeignet ansieht und sich einem neuen deutschen Angebot gegenüber ablehnend verhält, sind die Parteien von der Sozialdemokratie bis weit in die Reihen der Deutschen Volkspartei, grundsätzlich der Auffassung, die Reichsregierung müsse dem Wunsch, neue Vorschläge vorzulegen, in möglichst baldiger Zeit in erschöpfender Form entsprechen. Dabei läßt sich zunächst feststellen, daß in der Volkspartei zwei Strömungen vorhanden sind, die eine um die Politik Stresemanns und die andere, die sich der Auffassung der Deutschnationalen anschließen möchte.

Die Fraktionen des Reichstages haben bereits gestern getagt, sich aber durchaus nicht alle mit der außenpolitischen Lage befaßt. Dies sei heute geschehen. Allein die Demokraten haben in Gegenwart des Reichsministers des Innern Oeser im Anschluß an die beiden Noten die Frage des passiven Widerstandes eingehend erörtert. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Wie aber glaubwürdig verlautet, hat die demokratische Fraktion eine einmütige Stellungnahme erzielt, deren Ergebnis vom Vorsitzenden dem Reichskanzler übermittelt werden soll. Um vor allem die Stellung der Parteien in der Rheinlandfrage festzustellen, hat heute der Reichskanzler Abgeordnete der verschiedenen Parteien aus dem besetzten Gebiet zum Zwecke einer näheren Aussprache empfangen.

Was der Reichstag tun wird, ist zurzeit noch ungewiß. Bekanntlich stehen wir direkt vor dem Abschluß der Etatsberatungen. Die dritte Lesung pflegt stets mit einer politischen Debatte verknüpft zu werden. Die Sozialdemokraten tragen sich in der Tat mit dem Plan, die dritte Lesung für eine Aussprache über die auswärtige Lage auszunutzen; denn, da die Kommunisten bestimmt erklärt haben, reden zu wollen, glauben die Sozialdemokraten schon allein aus Gründen der Taktik nicht schweigen zu können. Bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung besteht keine Neigung, sich des längeren in eine Debatte einzulassen. Wenn sich aber die Sozialdemokraten nicht bestimmen lassen wollen, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen, dann dürfte es morgen doch noch zu einer längeren Auseinandersetzung über die auswärtigen Angelegenheiten kommen.

In diesem Falle werden die bürgerlichen Parteien nicht umhin können, Stellung zu nehmen. Es besteht, wie wir hören, unter ihnen jedoch die Absicht, ihren Standpunkt in einer gemeinsamen Erklärung niederzulegen und damit eine überflüssige Ausdehnung der Diskussion zu vermeiden. Daß, wenn es zu einer Aussprache kommt, die Reichsregierung Erklärungen abgeben wird, ist nicht zu erwarten. Die Diskussion würde also lediglich dazu dienen, in weiter Oeffentlichkeit der Regierung die Wünsche der Parteien vorzutragen. Ob das in diesem Augenblick und auf diese Weise nötig ist, darüber kann man sehr geteilter Meinung sein. Wir halten es in dieser Form für überflüssig und verfrüht.

Es lassen sich heute noch einige ergänzende Nachrichten zu der Stimmung geben, die man in parlamentarischen Kreisen über die englische Note antrifft. Unter uns und auch in parlamentarischen Kreisen hat es nicht wenige gegeben, die der Meinung waren, wir könnten im Ruhrkonflikt der Unterstützung Englands in jedem Falle sicher sein. Heute nach Eintreffen der englischen Antwort wird man sich auch in diesem Zeichen zu dem Schluß durchgerungen haben, daß Englands Politik allein dem englischen Interesse dient, und daß wir keinen Anlaß haben, uns falschen Hoffnungen hinzugeben. Man darf sich den Ernst der Situation keinen Augenblick verbergen.

*

Der Standpunkt des Zentrums.

Z. **Berlin**, 15. Mai. (Telegr.) **Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute in Verbindung mit der Fraktion des preußischen Landtages und den Mitgliedern des preußischen Staatsrates Stellung zur politischen Lage genommen. Die Auffassung war einheitlich dahin gerichtet, daß der Faden zu Verhandlungen nicht abgebrochen werden dürfe, sondern daß in Form eines neuen Angebotes von der Regierung eine ausführliche Antwort an die Entente erteilt werden muß. Die Fraktionsführer wurden gebeten, dem Reichskanzler von den Wünschen und Auffassungen der Zentrumsfraktion Kenntnis zu geben.**

Ernste Tatsachen.

Von unserm Berliner parlamentarischen Mitarbeiter.

m. **Berlin**, 15. Mai 1923. (Telegr.)

Die Noten der englischen und italienischen Regierung haben hoffentlich eine Beseitigung der Gerüchte gebracht, die, wenn auch nicht mehr so verbreitet, wie zu Anfang der Ruhrbesetzung, so aber doch auch heute noch, in manchen Köpfen bestanden, nämlich daß Deutschland von England wirksame Hilfe erwarten könne. Es ist ein Verhängnis, daß man sich in weiten Kreisen des deutschen Volkes über die außenpolitischen Zusammenhänge vielfach sehr unklare Vorstellungen macht und Erwartungen auf Meinungsverschiedenheiten setzt, wie sie seit dem Friedensschluß vielfach zwischen den Alliierten aufgetaucht sind. Man übersieht dabei völlig, daß die Siegerstaaten ihre Interessen niemals hinter denen Deutschlands zurückstellen werden, sondern, daß sie unter allen Umständen in erster Linie die eigenen Interessen im Auge haben. Zu diesen Interessen gehört zweifellos vom italienischen und britischen Standpunkt aus die Erhaltung der Entente.

Die Noten der englischen und italienischen Regierung sind für diese Behauptung ein schlüssiger Beweis. Sie beide atmen den Geist der Einigung innerhalb der Alliierten. Das wird man in Deutschland nicht übersehen dürfen. Mit dieser Feststellung wird schlagblitzartig die Gefahr beleuchtet, die unverkennbar besteht, wenn die Reichsregierung in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein sollte, ein neues Angebot zu machen, welches einerseits den Forderungen der beiden Noten soweit als möglich und anderseits den deutschen Interessen entspricht. Da muß mit der Gefahr gerechnet werden, daß über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten hinweg die Wiedervereinigung der Alliierten restlos vollzogen und Deutschland möglicherweise abermals vor ein Diktat gestellt wird. Man wird sich auch keiner Täuschung darüber hingeben dürfen, daß sich die Lage Deutschlands dann wesentlich zu seinen Ungunsten verschlechtert haben wird. Mit der Ruhrbesetzung muß wie mit einer feststehenden Tatsache gerechnet werden, ebenso auch mit der Beschlagnahme der deutschen Eisenbahn im alt- und neubesetzten Gebiet.

Aus alle dem ergibt sich die Notwendigkeit neuer Verhandlungen. Bisher haben die Verhandlungen innerhalb der Reichsregierung über die Note zu einer endgültigen Klärung der Lage nicht geführt. Daß das neue deutsche Angebot andere Wege gehen muß, und daß es vor allem in einer der Geistesrichtung der fremden Völker mehr angepaßten Form, die auch dem Wesen des deutschen Volkes entsprechen kann, gehalten sein muß, dafür sind die englische und italienische Note der beste Beweis. Wir glauben auch zu wissen, daß in der Reichsregierung diese Erkenntnis und der gute Wille dazu durchaus vorhanden sind.

Die bereits unmittelbar im Anschluß an das Eintreffen der Antwortnoten aufgetauchten Gerüchte von einer Kabinettskrise sind durchaus unbegründet. Nach Ansicht aller parlamentarischer Kreise ist keine Regierung mehr berufen und in der Lage, die Verhandlungen weiter und zu Ende zu führen, als die heutige Regierung, die sich nicht nur des Vertrauens des Parlaments, sondern auch der Unterstützung der wirtschaftlichen Kräfte im Reiche zu erfreuen hat.

Die endgültige Stellungnahme der Regierung zu den Noten der englischen und italienischen Regierung wird voraussichtlich nicht in allernächster Zeit erfolgen. Die Noten sind selbstverständlich Gegenstand eingehender Prüfungen innerhalb des Kabinetts, doch sind, wie wir hören, die deutschen Botschaften in London und Rom angewiesen, einige Rückfragen zu stellen. Bevor deren Ergebnis vorliegt, dürfte das Kabinett zu einem endgültigen Beschluß nicht kommen.

*

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

WTB **Berlin**, 15. Mai. (Telegr.) **Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet wird der Reichskanzler morgen früh 9 Uhr die Vertreter der bürgerlichen Parteien zu einer Aussprache über die politische Lage empfangen. Der Aeltestenrat des Reichstages wird unmittelbar vor der Plenarsitzung zusammentreten, und es wird sich dann entscheiden, ob es noch vor Pfingsten zu einer großen politischen Aussprache kommen wird.**

Auslandsstimmen zu den letzten Noten.

In Frankreich.

K **Paris**, 14. Mai. Die Morgenpresse ist sehr unzufrieden mit der englisch-italienischen Aufforderung an Deutschland, neue Vorschläge zu unterbreiten, da Deutschland in seiner Verwirrung vollkommen unfähig sei, ernste Garantien zu liefern und es sei höchste Zeit, dieses ins helle Sonnenlicht zu rücken.

„Ere Nouvelle“ schreibt, die einfache Tatsache, daß Rom und London gleichzeitig gesprochen haben sei, ihrer Aktion das gleiche Ziel zu widmen. Es gehe von nun ab bei den Alliierten zwei Arten von Politik, Poincare-Theunis, Curzon-Mussolini. Wenn morgen die Debatte zwischen den besiegten Nationen und den Siegernationen eingeleitet werde, wenn wir an dieser Debatte nicht teilnehmen, dann hätten die Deutschen ihre Revanche gehabt. Die beste Politik werde die sein, daß im Augenblick in dem irgendein Vertreter einer der alliierten Länder sich an den Tisch niederlasse, um mit den deutschen Diplomaten zu verhandeln, die französischen Diplomaten sich dazu setzten.

„Gaulois“ führt aus: Die Einheit der Alliierten Front ist dadurch wiederhergestellt, daß die Kabinette von London, und Rom die deutschen Vorschläge für unannehmbar erklärten, so wollten sie ihr Einverständnis mit Frankreich betonen. Wenn man die Schlußfolgerung aus den beiden Noten ziehe, dann müsse festgestellt werden, daß sie eine bedeutende wesentliche Annäherung zwischen dem Standpunkt der alliierten Regierungen und dem Poincares darstellen.

„Viktoire“ sagt: Sie sagen den Deutschen mit ziemlich großer Energie, daß ihre Vorschläge ohne Garantien und ungenügend seien. Sie fordern die Deutschen auf, uns andere Vorschläge zu machen, wir werden also bald neue deutsche Vorschläge hören. Wir wünschen aufrichtig, daß die eventuellen neuen Vorschläge eine bessere Grundlage für die künftigen Verhandlungen bieten.

K **Paris**, 15. Mai. (Telegr.) Professor Aulard schreibt im „Quotidienne“: In Form und Sache sei die italienische Antwort an Deutschland ebenso korrekt gewesen wie die englische. Es werde nicht genügend beachtet, daß das Stillschweigen der italienischen Antwort zur Ruhrfrage die französische Isolierung verstärke. Auch Curzon habe nicht von der Ruhr gesprochen. Aber sein Schweigen habe nichts Unerwartetes und nichts Unangenehmes, da die englische Regierung stets erklärte, sie tadele die französische Expedition. Wenn die englische Regierung bei der Beantwortung der deutschen Vorschläge nicht von der Ruhr spreche, so sei das mehr ein Ausdruck freundschaftlicher Höflichkeit gegen Frankreich. Ganz anders sei der Sinn des Stillschweigens der italienischen Regierung in dieser Frage, die sich im Januar der Besetzung des Ruhrgebietes angeschlossen habe, sofern diese nicht eine militärische, sondern mehr friedliche Expedition darstelle. Die italienische Antwort notifiziere dadurch, daß das Wort Ruhr in ihr nicht ausgesprochen werde, nur implicite, aber klar und deutlich, daß Mussolini sich nunmehr der englischen Auffassung angeschlossen habe. Wenn Deutschland die neuen Angebote machen werde, die Curzon und Mussolini von ihm verlangen, werde man die unangenehmen Folgen dieser Isolierung wahrnehmen.

dt **Paris**, 15. Mai. (Telegr.) Die französischen Regierungskreise enthalten sich jeder Aeußerung über die voraussichtliche Weiterentwicklung der Lage. Man scheint aber ernsthaft mit der Möglichkeit zu rechnen, daß es jetzt gelingt, die Entente wiederherzustellen. Man denke dabei nicht nur an die Ruhrfrage, sondern auch an das Orientproblem. Allerdings ist die völlige Wiederherstellung der alliierten Einheitsfront an eine wesentliche französische Bedingung geknüpft, die der oft von Poincare informierte „Petit bleu“ heute mit den Worten umschreibt, England und Italien sollen sich an der Ruhraktion beteiligen, oder zum mindesten die Berechtigung dieser Aktion anerkennen und den deutschen Widerstand ausdrücklich als Verstoß gegen den Versailler Vertrag kennzeichnen. „Journal“ glaubt, heute bereits die Erfüllung dieser Forderung durch England voraussehen zu können.

In Italien.

Z **Rom**, 15. Mai. Zur englischen und italienischen Antwort an Deutschland schreibt „Idea nationale“, daß die Gleichartigkeit der beiden Noten auf eine italienisch-englische Annäherung schließen lasse auf der Basis der Denkschrift Mussolinis, nämlich der Zahlung einer Summe in gerechter Höhe und Leistung von Pfändern und wirtschaftlichen Garantien durch Deutschland, worauf die Franzosen nach Abschluß der entsprechenden Verhandlungen das Ruhrgebiet räumen müßten. Hoffentlich werde England nicht wieder von diesem Programm zurücktreten.

„Epoca“ meint: Italien und England hätten die Ruhrfrage nicht berührt um dadurch zu zeigen, daß die Reparationsfrage rein wirtschaftlicher Natur sei.

Die übrige Presse betont, daß die Einigung auf der Basis der Denkschrift Mussolinis erfolgte. Sie erwarte von Deutschland neue entsprechende Vorschläge.

In England.

mt **London**, 15. Mai. (Telegr.) Der Pariser Vertreter der „Times“ gibt der Meinung Ausdruck, daß durch die englische Antwort der Beweis einer französisch-englischen Verständigung gegeben sei. Es sei Grund zu der Ansicht vorhanden, daß sich für die noch bestehenden Gegensätze eine ausgleichende Formel finden lassen könne.

Der „Manchester Guardian“ weist darauf hin, daß Deutschland auf Grund der englischen Note die Verhandlungen fortsetzen könne. Die Einwände gegen das deutsche Angebot seien nicht stichhaltig. Deutschland habe als Garantie seinen gesamten Reichtum angeboten. Natürlich seien Verhandlungen notwendig. Ein deutsches Angebot unter Umgehung der Ruhrfrage sei überhaupt nicht möglich.

Ruhr und Rhein.

Die Geldbuße für Kettwig.

⊕ **Kettwig**, 15. Mai. **Gestern 10 Uhr vormittags besetzte ein starkes französisches Truppenkommando das Rathaus, die Sparkasse und die Post. Die Straßen wurden abgesperrt. Auf der Sparkasse beschlagnahmten die Franzosen 17,2 Millionen Mark und versiegelten 12 Millionen Mk. in einem Geldschrank. Der Vertreter des Bürgermeisters, Beigeordneter von Dorp wurde verhaftet und nach Werden abgeführt. Es handelt sich nach Angabe der Franzosen um die zwangsweise Beitreibung der über Kettwig verhängten Strafen von 10 und 20 Millionen Mk.**

∴ **Essen**, 15. Mai. Der Landrat des Landkreises Essen, Dr. Schöne, hat an General Degoutte in Düsseldorf ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die den Städten Kettwig und Werden auferlegten Geldbußen von 25 Millionen Mark Verwahrung einlegt.

Geldbeschlagnahme in Duisburg.

♦ **Duisburg**, 15. Mai. (Telegr.) Heute vormittag erschienen bei der Stadthauptkasse im Rathaus belgische Kriminalbeamte und beschlagnahmten eine Summe von 2,908,820 Mk.

Geldbuße für Lennep.

WTB **Düsseldorf**, 15. Mai. (Telegr.) **Der Stadt Lennep ist eine Geldbuße von 200 Millionen Mark bei Haftung des Bürgermeisters aus Anlaß der vor einigen Tagen erfolgten Beschießung des Bahnhofs Lennep auferlegt worden.**

Drohende Stillegung des Bochumer Vereins.

Q **Dortmund**, 15. Mai. (Telegr.) Nachdem die Franzosen in der vorigen Woche die Seilbahn zwischen Zeche „Karolinenglück“ und dem Bochumer Verein lahmgelegt haben, ist nunmehr auch die Eisenbahnverbindung zwischen der genannten Zeche und dem Bochumer Verein unterbunden worden, so daß der Bochumer Verein keinen Koks mehr beziehen kann. Es droht die Stillegung des 22 000 Arbeiter beschäftigenden Werkes.

Chemische Fabriken besetzt.

In Krefeld-Uerdingen.

mt **Krefeld**, 15. Mai. (Telegr.) Belgische Truppen besetzten heute die **chemische Fabrik Wenler-Termeer in Uerdingen** und deren Zweigstelle in Krefeld. Auch die chemische **Fabrik Wedekind in Uerdingen wurde besetzt.** Nach Mitteilungen der Besatzung soll die Maßnahme darauf zurück zu führen sein, daß die Leiter der Fabriken sich weigerten, die seit dem 11. Januar fälligen Wiederherstellungsleistungen zu zahlen.

In Höchst.

= **Höchst a. M., 15. Mai. (Telegr.) Die Höchster Farbwerke sind nachts besetzt worden.**

Zu der Besetzung der Höchster Farbwerke meldet die „Frankfurter Zeitung“, die Franzosen erschienen gestern abend von den Farbwerken fünf Personenautomobile. Die Direktion verweigerte die Herausgabe. Daraufhin umzingelten die Franzosen nachts die Werke und verweigerten heute früh den 12 000 Arbeitern den Zutritt zu den Werkstätten. Heute früh wurde der Landrat des Kreises Höchst Zimmermann für abgesetzt erklärt.

In Ludwigshafen.

⚔ **Ludwigshafen**, 15. Mai. (Telegr.) Heute früh 5 Uhr ist die **Badische Anilin-Soda-Fabrik besetzt worden.** Den Arbeitern wird der Zutritt zur Fabrik verwehrt. Die Angestellten der Nachtschicht durften das Werk verlassen, in dem jetzt ein ganzes Regiment liegt. Auch das Straßenbahndepot wurde besetzt. Infolgedessen ruht der Straßenbahnverkehr. Der übrige Verkehr ist unbehindert.

Neubesetzungen.

Bahnhof Feldhausen.

W **Gladbeck**, 15. Mai. **Block Zweckel und Bahnhof Feldhausen sind heute morgen gegen 6 Uhr besetzt worden.** Der Personenverkehr geht nur von Bismarck bis Gladbeck.

Der heute morgen besetzte Bahnhof Dorsten und die ebenfalls besetzten Blockstellen Zweckel und Holthausen sind gegen 4 Uhr nachmittags unter Mitführung von zwei Personenzügen, 250 beladenen Güterwagen und zwei Lokomotiven wieder geräumt worden.

Bahnhof Oekoven.

= **Köln**, 14. Mai. Gestern vormittag wurde der Bahnhof Oekoven von belgischen Truppen besetzt. Durch die Besetzung fielen den Belgiern **150 zum großen Teil beladene Wagen** in die Hände. Der Personenverkehr geht zurzeit bis Kommerskirchen. Nachmittags forderten die Belgier die deutschen Eisenbahner auf, die Arbeit für sie aufzunehmen oder den Bahnhof zu verlassen. Seitdem ruht der Betrieb.

Limburg an der Lahn.

= **Frankfurt a. M., 15. Mai. (Telegr.) Limburg ist überraschend heute früh besetzt worden. Der Bahnhof und das Postamt sind mit Truppen belegt. Die Beamten wurden aus dem Dienst gewiesen.**

Eine kurz vor Redaktionsschluß einlaufende Nachricht meldet die **Räumung Limburgs:**

WTB **Frankfurt**, 15. Mai. (Telegr.) Heute nachmittag gegen 4 Uhr ist **Limburg wieder geräumt worden.** Die Franzosen haben die Kundgebung hinterlassen, **daß Limburg vom 16. Mai 1923 ab zum besetzten Gebiet zu rechnen ist.** Im Zusammenhang mit dieser Maßgabe wird nunmehr die Strecke Niederhausen-Limburg mit zum besetzten Gebiete gehören. **Sämtliche Stationen zwischen Kamberg und Limburg (beide Orte eingeschlossen) sind nunmehr besetzt.** Der Betrieb Limburg-Gießen, Limburg-Kamberg und Limburg-Westerwald ist wieder aufgenommen.

Wieder eine Sprengung.

f **Duisburg**, 15. Mai. In der Nacht vom 12. zum 13. Mai ist die Ruhrbrücke Block Ruhrtal—Weddau gesprengt worden. Der Verkehr geht jetzt über Block Ruhrtal—Duisburg—Hochfeld-Süd. Die gesamte Strecke ist in weitem Umkreise gesperrt.

*

Truppenverschiebung.

= **Dortmund**, 15. Mai. Die Truppenverschiebungen im Raume Dortmund—Castrop dauern an. Es handelt sich um die Ablösung der dritten französischen Division, von der Teile bereits nach Frankreich zum Abtransport verladen und andere im Abmarsch begriffen sind. Sie werden abgelöst durch Truppen der ersten französischen Division aus Lille unter dem Kommando des Generals Bouillier.

Das Vatikan in Düsseldorf.

mt **Düsseldorf**, 15. Mai. (Telegr.) Die Ankündigung des Vatikans hatte gestern und heute in Düsseldorf einen großen Andrang zu der Geschäftsstelle der französischen Ortsdelegation zur Folge. Heute wurde eine Bekanntmachung angeschlagen, wonach die Pässe und Personalausweise beim deutschen Polizeikommissar des betreffenden Bezirkes zur Abstempelung vorgelegt werden können.

Revision im Krupp-Prozeß.

* **Berlin**, 15. Mai. Zu der am 18. Mai in Düsseldorf zur Verhandlung kommenden Revision im Krupp-Prozeß meldet die „Voss. Ztg.“, daß die Angeklagten zu dieser Verhandlung nicht erscheinen werden. Der Gerichtshof wird sich aus 7 höheren Offizieren zusammensetzen. Der Anklagevertreter ist der höchste französische Gerichtsoffizier, der sich bei der Okkupationsarmee ach-

walt, namens Abert. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Grimm-Essen. Die Revision stützt sich lediglich auf Verfahrensverstöße.

mt **Berlin**, 15. Mai. **(Telegr.)** Die deutsche Regierung hat in Paris Schritte unternommen, um die Ausführung des Düsseldorfer Todesurteils zu verhindern. Eine weitere Einspruchsnote hat die Regierung nach London, Paris und Brüssel abgesandt, worin gegen die Mainzer Urteile Einspruch erhoben wird.

WTB **Offenburg**, 15. Mai. **(Telegr.)** Auf Grund besonderer Verhandlungen haben die Franzosen das Postamt wieder geräumt, so daß der Postverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Der Fernsprechdienst wird am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Die französischen Leitungen befinden sich in einem besonderen Umschalteraum und werden von Franzosen bedient.

Dritte Lesung des Reichshaushaltes.

Deutscher Reichstag.

354. Sitzung.

⊕ **Berlin**, 15. Mai 1923. **(Telegr.)**

Die dritte Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1923 wird beim

Haushalt des Ministers des Innern

fortgesetzt.

Bei den einmaligen Ausgaben wird auf Grund eines Antrages aller Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) in die Erörterung einzelner Titel eingetreten. Zum Beispiel werden zur **Förderung der von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verfolgten Ziele 4 004 000 000 Mark bewilligt**, für die Fortführung und Vollendung des Grimm'schen Wörterbuches 300 000 Mk., als Kostenzuschuß für das Institut für Weltwirtschaft und Weltverkehr an der Universität Bonn 45 Millionen Mk. fragt beim Titel Reichsgesundheitsamt an.

Abg. Kuhnert (Soz.)

wie es mit der von der Regierung zugesagten Denkschrift über die Erfahrungen in Amerika mit dem Alkoholverbot steht. Ferner führt Redner wie in der zweiten Lesung Beschwerde über den hohen Preis des Ehrhardtschen Salvarsans und wendet sich gegen frühere Ausführungen des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes. Es müsse ein Reichsgesundheitsministerium geschaffen werden.

Die bis zur dritten Lesung zurückgestellte Abstimmung über eine Entschließung der Deutschnationalen betreffend **Untersuchung der Organisation der sächsischen Landespolizei daraufhin**, ob sie den reichsgesetzlichen Bestimmungen entspricht, wird durch Hammelsprung vorgenommen. Dafür stimmen 129 Abgeordnete (die gesamten bürgerlichen Parteien), dagegen 95 Abgeordnete (die gesamte Linke). Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

*

355. Sitzung.

In der neuen Sitzung, die um 12¼ Uhr beginnt, wird die Entschließung in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Der Rest des Etats wird ohne Aussprache erledigt.

Beim Reichswirtschaftsministerium

fragt

Abg. Eberschmidt (Soz.)

was bisher zu der angekündigten Verbilligung des Baustoffs geschehen sei. Bisher habe der Widerstand der Baustoffindustrie die Verwirklichung der zur Zeit gefaßten Reichstagsentschließung verhindert.

Abg. Thomas (Komm.)

beschwert sich darüber, daß von manchen Reedern seeuntüchtige Schiffe aus dem Hafen gelassen werden und fordert Errichtung eines Reichsschiffahrtsamtes.

Ministerialdirektor Jonquiere

erklärt, die Seeberufsgenossenschaft wirke in dem vom Vorredner gewünschten Sinne als Ueberwachungsstelle. Er nimmt die Reeder gegen die Vorwürfe des Abg. Thomas in Schutz.

Nach längerer Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Thomas (Komm.), Hoch (Soz.) und Dauch (D. V.) gegen und für die Reeder wird die Entschließung, die eine Verbilligung der Baustoffe verlangt, angenommen. Ebenso der Rest des Etats.

Die Etats des Reichswirtschaftsrates, Reichsjustizministeriums, des Verkehrs- und des Ernährungsministeriums werden ohne Debatte angenommen.

Zum Finanzetat

wird ein Ausschußantrag angenommen, der dahin geht, daß bei der Rückzahlung von Kriegsanleihen jedem Einzahler ein Zuschlag von 150 Prozent gewährt werden soll. — Der Finanzetat wird bewilligt.

Mit der Auflösung des Reichsschatzministeriums erklärt sich der Reichstag einverstanden.

Beim Postetat

sichert Reichspostminister Stingl weitgehendes Entgegenkommen bei den Wünschen, welche die Abgg. Frau Müller-Ostfriesland (D. N.) und Frau Pfülb (Soz.) wegen einer Abfindung der infolge Heirat aus dem Dienst scheidenden Beamtinnen vorbringen, zu.

Der Postetat wird bewilligt, ebenso der Etat des Reichstages.

Hierbei führt

Abg. Beuermann (D. V.)

aus, der Posten von 266 Millionen für Freifahrkarten der Abgeordneten sei viel zu hoch, da nur wenige Abgeordnete die berechnete Durchschnittszahl von 2000 Klm. erreichen. Die Reichsbahn wolle hier auf Kosten der Abgeordneten ein Geschäft machen. Die Drucksachen seien außerordentlich teuer. Vom Herbst bis jetzt seien für 130 Millionen Mk. Stenogramme gedruckt worden. Jedes Wort, das von der Reichstagstribüne gesprochen werde, koste demnach 90—95 Mk. (Stürmische Heiterkeit.) An Wirtschaftskosten, Kohle usw. koste jeder Sitzungstag 3 Millionen Mk.

Abg. Ledebour (Unabh.)

verweist darauf, daß diese Verhältnisse durch die unglückliche Valuta verschuldet seien. Dem Ansehen des Parlaments werde durch solche faden Witzeleien nicht gedient.

Abg. Brunner (Soz.)

ersucht das Verkehrsministerium, angesichts der glänzenden Haltung der Eisenbahner im Ruhrgebiet endlich die Disziplinarverfahren, die noch aus der Zeit des Eisenbahnerstreiks stammen, einzustellen.

Ministerialdirektor Dr. Ortmann

erklärt, die noch schwebenden Disziplinarverfahren würden mit aleicher Beschleunigung in äußerster Milde durchgeführt werden.

Abg. Delius (Dem.)

hält diese Antwort für unbefriedigend. Die Eisenbahnverwaltung solle jetzt endlich unter diese Dinge einen Strich machen.

Abg. Simon-Franken (Soz.) und Bräunig (Soz.) bekämpfen eine Entschließung Hensel (D. N.) auf Abbau der handwerklichen Reparaturwerkstätten der Eisenbahn. Die Abstimmung über die Entschließung wird ausgesetzt.

Bei der dritten Beratung des

Etats des Reichswehrministeriums

verlangt

Abg. Schöpflin (Soz.)

ein schärferes Einschreiten gegen diejenigen Offiziere, die Beziehungen zu illegalen monarchistischen und putschistischen Organisationen unterhalten. Solche Verbindungen unterhielten z. B. der Stabschef des 2. Wehrkreises Stettin, Generalleutnant von Leeb, und sein Verbindungsoffizier Oberstleutnant von Tetterow mit dem Putschistenführer General a. D. Helffrich. Der Redner verliest mehrere von diesen Offizieren Putschistenführern ausgestellte Ausweise. Eine der Putschistenorganisationen hat als ihre Aufgabe festgestellt: „Rasches, brutales Vorgehen gegen das rote Hamburg". Diese Organisation wird durch das Wehrkreiskommando 2 durch Kartenmaterial und auf andere Weise unterstützt. In einem Schreiben vom April d. Js. berichtet ein Offizier, er habe in Großhamburg schon 12 000 zu entschlossenem Vorgehen bereite vaterländische Männer gewonnen. General Heilfrich erklärt in einem Schreiben offen, man wolle durch baldiges Losschlagen die Regierung stürzen und dann nach Niederschlagung der Linksorganisationen ein straffes, brutales Regime errichten.

Diese Putschistenorganisationen werden von höheren Reichswehroffizieren unterstützt. Der Reichswehrminister soll diesem Treiben schärfer entgegentreten. Wie wolle er ein Vertrauensverhältnis zwischen Reichswehr und Bevölkerung herstellen? Bei der Einweihung eines militärischen Gedenksteins in Döberitz hat General Hindenburg wieder einmal seine tiefe Ehrfurcht vor Wilhelm II. bekannt, der in der Stunde der schwersten vaterländischen Gefahr ausriß. Und an dieser Schaustellung hat sich auch der Reichswehrminister, wenn auch in einer korrekten Rede, beteiligt. Es dürfe nicht länger zugelassen werden, daß längst verabschiedete Offiziere bei jeder Gelegenheit in der kaiserlichen Uniform herumlaufen und daß, wie in Baden bei der Beerdigung der alten Großherzogin, alte Wackelgreise mit dicken Helmbüschen folgen. (Großer Lärm und stürmische Pfuirufe rechts.) Hindenburg hat in letzter Zeit durch die lächerlichen Kriegsdrohungen im Interview ungewollt der Politik der Gegner sehr genutzt. (Lärm rechts.) Hindenburgs Verdienst in allen Ehren, aber ein alter Herr sollte es gerade in dieser Stunde der schweren Gefahr unterlassen, die Fensterscheiben des Deutschen Reiches einzuschlagen. (Neuer Lärm rechts.) Bisher war es üblich, daß geschlagene Feldherren gehorsam den Mund hielten. (Neuer großer Lärm und Pfuirufe der Abgeordneten Marcski und Hellferich (D. N.).

Abg. Thomas (Komm.)

schließt sich diesen Ausführungen an. Die Deserteure Ludendorff, Eitel-Friedrich und Hindenburg mögen ruhig mit ihren Klemmerläden Schaustellungen veranstalten, aber deutsche Reichswehrsoldaten dürften dazu nicht kommandiert werden.

Reichswehrminister Dr. Geßler:

In dieser Stunde, da es sich um das Schicksal der deutschen Nation handelt, ist es zu bedauern, wenn solche Debatten notwendig sind. Das habe ich auch in Döberitz ausgesprochen mit der Bemerkung, jetzt sei nicht Zeit, große Reden zu halten. Mit dem Chef der Heeres- und Marineleitung bin ich der Ansicht, daß ein Zusammenarbeiten mit derartigen den Staat gefährdenden Organisationen absolut ausgeschlossen ist. (Beifall links.) Gerade nach dem Material, das hier bei der Debatte über die deutsch-völkische Freiheitspartei vorgetragen wurde, wissen wir, daß man mit solchen Leuten keine Politik machen kann. Es sind diejenigen, die ich früher einmal die Verrückten nannte.

Ich muß die Augen offen halten, damit in der Armee nichts passiert, kann aber befriedigt feststellen, daß unter meiner Amtsführung trotz der politischen Spannung nichts Ernstes passiert ist. Wo hat jemals in solchen Zeiten der Umwälzung eine Armee dem Staate so wenig Schwierigkeiten bereitet, wie bei uns. Das Verdienst daran haben auch viele Offiziere, die sich loyal in den Dienst der Republik gestellt haben, weil sie wissen, daß das der Dienst des Vaterlandes ist. (Beifall.) Wir haben den heißen Wunsch, daß der Feldmarschall Hindenburg aus dem politischen Getriebe herausbleibt. Wir wollen doch nicht alles, was aus der Vergangenheit geblieben ist, zum Gegenstand parteipolitischen Haders machen. In Döberitz war die Kompagnie nicht aufgestellt, um Hindenburg, sondern um dem Denkmal und mir als Wehrminister die vorgeschriebenen militärischen Ehrungen zu erweisen. Ich nehme absichtlich diese vorgeschriebenen Ehrungen in vollem Maße in Anspruch. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß Hindenburg eine monarchistische Huldigung in seiner Rede beabsichtigt hat. (Widerspruch bei den Soz.) Die Zeitungsberichte über die Rede stimmten mit meinem Eindruck nicht überein. Prinz Eitel Friedrich ist nicht als Angehöriger des ehemaligen Herrscherhauses, sondern als Offizier des Regiments bei der Feier anwesend gewesen. Er war im Krieg ein tapferer Offizier und stand an der Spitze seiner Truppe im Feuer.

Die Republik ist in Deutschland so fest begründet, daß sie es ruhig wagen kann, liberal und tolerant zu sein. (Beifall.) In der jetzigen politischen Situation soll man mit militärischen Schaustellungen freilich sehr vorsichtig sein. Das Verbot der alten Uniform wäre nur durch eine Verfassungsänderung möglich, denn hier handelt es sich um sogenannte wohlerworbene Rechte. (Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie (zu den Soz.) das nächste Mal Revolution machen, müssen Sie eben mit den wohlerworbenen Rechten anfangen. (Heiterkeit.) Wir sollten in dieser Zeit des Ueberganges nicht allzu nervös sein. Nervosität wird ausgelegt als Schwäche. Wir sind nicht schwach. Wenn wir es wären, wollen wir es nicht zeigen. (Beifall.)

Der Etat wird bewilligt.

Die Etats des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes werden auf Mittwoch verschoben, alle übrigen werden bewilligt.

Dann folgt die

3. Beratung des Mieterschutzgesetzes.

Abg. Dünaburg (D. N.)

bedauert die Durchpeitschung eines der wichtigsten Gesetze im Reichstag. Es handle sich hier um eine einseitige Begünstigung der Mieter. Die Interessen der Vermieter und der Wohnungssuchenden würden dabei gar nicht berücksichtigt. Das Gesetz bedeute zielbewußte Zerstörung des Hausbesitzes und zahlreicher Mittelstandsexistenzen. Die in der Verfassung gewährleistete Vertragsfreiheit werde dadurch verletzt, so daß das Gesetz eigentlich eine Verfassungsänderung bedeute. Die deutschnationale Fraktion werde sich an diesem Verbrechen am Volk nicht beteiligen, sondern die Vorlage geschlossen ablehnen.

Abg. Schirmer (Bayer. Vp.)

weist die scharfen Angriffe des Vorredners zurück. Von einer Durchpeitschung könne keine Rede sein. Das Gesetz sei im Wohnungsausschuß beraten worden. Die berufenen Hausbesitzervertreter hätten im Reichswirtschaftsrat ein ganz andere Stellung eingenommen.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten und eines Teiles der Deutschen Volkspartei und des Zentrums angenommen.

Gegen 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 10¾ Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die noch nicht erledigten Etats und kleinere Vorlagen

Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

245. Sitzung.

⚓ **Berlin**, 15. Mai 1923. **(Telegr.)**

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung bei sehr schwach besetztem Hause um 11¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine große

Reihe kleinerer Vorlagen.

Der Gesetzentwurf über Beteiligung des preußischen Staates an der Rhein-Main-Donau A.-G. mit 300 Millionen wird ohne Erörterung in 2. und 3. Lesung angenommen.

Der Uranträg der Sozialdemokraten auf Hergabe von 3 Milliarden zur Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung wird dem Siedlungsausschuß überwiesen.

Den Uranträg der Kommunisten auf Hergabe von 4 Milliarden an die Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte usw. zu Unterstützungszwecken hat der Hauptausschuß für unannehmbar erklärt. Er schlägt eine Entschließung vor, wonach auf die Reichsregierung dahin eingewirkt werden soll, daß zur Hebung der Notlage eine der Geldentwertung angepaßte Erhöhung der Unterstützung schleunigst eintreten soll.

Das Haus tritt dieser Entschließung bei

Hierauf wird die

2. Beratung des Kultushaushalts

bei der Besprechung der einzelnen Titel fortgesetzt. Es werden Einzelwünsche der preußischen Universitäten und technischen Hochschulen vorgetragen.

In der weiteren Aussprache wird die Unterstützung des Goethehauses in Frankfurt a. M. angeregt. Seitens der Regierung wird erklärt, daß die baulichen Schwierigkeiten behoben sind. Finanzielle staatliche Unterstützung würde vom Direktor nicht mehr gefordert, da Unterstützungen des Auslandes, besonders Amerikas, über die äußersten Schwierigkeiten hinweghelfen. Ob eine Verstaatlichung in Frage komme, müsse der Zukunft vorbehalten werden.

Von mehreren Seiten werden Wünsche für eine Reihe kommunaler und privater höherer Lehranstalten vorgetragen, desgleichen solche, die eine bessere Bezahlung der Regierungs-Schulräte für Nebenarbeiten anregen.

In der weiteren Aussprache werden Wünsche vorgetragen auf Lehrerzulagen im besetzten Gebiet, auf Förderung des Volkshochschulwesens und der Volksbüchereien.

Zu den einmaligen Ausgaben hat der Hauptausschuß als eine Position hinzugefügt 150 Millionen Mark für anstellungsfähige Studienassessoren zur Ueberleitung in andere Berufe (für den Fall der Einführung des numerus clausus).

Damit ist die Einzelaussprache und zugleich die zweite Beratung des Kultushaushaltes beendet.

Ueber die gestellten Anträge findet die Abstimmung nach Pfingsten statt.

Nach bedatteloser Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen geht das Haus in die Pfingstferien.

Nächste Sitzung Dienstag, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr.

Die englisch-russische Spannung.

Die Mission Krassins.

□ **London**, 15. Mai. **(Telegr.)** „Evening Standard" zufolge, kann nicht stark genug hervorgehoben werden, daß, obwohl die britische Note eine Zeitgrenze von 10 Tagen für die Antwort aus Moskau setzt, sie keineswegs bedeutet, daß am nächsten Freitag die Beziehungen gelöst oder das Handelsabkommen abgebrochen wird. Die Sowjetregierung habe Krassin vollkommenste Befugnisse zum Verhandeln erteilt. In einflußreichen Kreisen herrsche die Ansicht, daß es Krassin, dessen Geschicklichkeit außer Frage stehe, vielleicht gelingen werde, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überbrücken und möglicherweise noch weiter zu gehen.

Dem Blatte zufolge verlautet von maßgebender Seite, daß Krassin in London bei seinem dortigen Besuch den endgültigen Zweck verfolgt, Anbahnungen mit der britischen Regierung über die englisch-russischen Beziehungen zu ermöglichen und die Aufhebung des englisch-russischen Handelsabkommens zu verhindern.

Um die russische Antwort.

⚓ **London**, 15. Mai. **(Telegr.)** Die Antwort der russischen Regierung ging gestern abend der Lord Curzon ein. Es ist ein überraschend höfliches Dokument. Es wird augenblicklich in der Downingstreet mit Rücksicht auf die Unterhausdebatte sorgfältig geprüft. Alle Minister erhielten eine Abschrift der russischen Note. Heute nachmittag findet unter dem Vorsitz Curzons eine Kabinettssitzung zur Erwägung der russischen Note statt.

Im Urteil der Presse.

⚓ **London**, 15. Mai. **(Telegr.)** Die Presse befaßt sich eingehend mit der russischen Antwortnote. Der Debatte im Unterhause über die russische Frage, bei der, wie verlautet, außer Ramsay Macdonald auch Lloyd George über die Aufhebung des von ihm abgeschlossenen britisch-russischen Handelsabkommens sprechen wird, wird mit dem größten Interesse entgegengesehen.

„Daily Chronicle", der in der russischen Antwort ein Anzeichen des versöhnlichen Geistes sieht, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die britische Regierung die durch die russische Note gebotene Gelegenheit, aus dem Zustande des Ultimatums herauszukommen, benutzen werde.

„Daily News" meint, die russische Antwortnote spreche die Sprache des Friedens und gebe dem Kabinett eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ultimatum ohne Verlust an Würde auszulöschen. Wenn Curzon und die übrigen Extremisten im Kabinett nicht entschlossen seien, die Beziehungen abzubrechen, so könne man nicht einsehen, wie dieses Angebot abgelehnt werden könne. Das russische Angebot scheint eine ausgezeichnete Gelegenheit zu bieten, die englisch-russischen Beziehungen auf eine vollkommen neue Grundlage zu stellen. „Daily News" bezweifelt, daß die britische Regierung bereit sei, die Verantwortung für eine glatte Ablehnung zu übernehmen. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, die russische Note sei genügend geschickt entworfen, um den größten Teil der Verantwortung für den Bruch der Beziehungen auf die britische Regierung fallen zu lassen. England werde der Weg leicht gemacht, eine Regelung zu vereinbaren, wenn es wirklich eine Regelung wünsche.

„Westminster Gazette" schreibt, wichtig sei in der russischen Note der Beweis, daß die russische Regierung bestrebt sei, eine Regelung auf friedlicher Grundlage zu erzielen. Die russische Note schreibt mit Recht den größten Teil der Schwierigkeiten der Weigerung gewisser Mächte zu, die russische Regierung auf der Grundlage der Gleichheit zu behandeln.

Die „Times" schreiben, es bestehe jeder Grund zu der Annahme, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland sich in jeder Hinsicht bessern würden, wenn der augenblickliche Streit mit der Sowjetregierung in einen Bruch ende. Der Handel würde davon am allerwenigsten leiden. Die furchtsame und schwülstige Note, in der die Sowjetregierung auf die britischen Beschuldigungen antwortet, stelle neue Beleidigungen dar. Die „Times" freuen sich über die Anzeichen der Furcht, die die russische Note enthalte. Diese Anzeichen seien die beste Rechtfertigung der neuen britischen Haltung. Die Note sei eine Erwiderung, die keine britische Regierung als befriedigend ansehen könne. Der Bruch werde eine Erleichterung sein. Er würde die extremistischen Elemente in Rußland der Unterstützung berauben, die in der britischen Duldsamkeit läge, die England seit viel zu langer Zeit gezeigt habe und würde dazu beitragen, zahlreiche Illusionen in England zu zerstreuen.

„Daily Telegraph" schreibt, es müsse zugegeben werden, daß die Moskauer Note in ausgesprochener Weise von den meisten offiziellen bisher von dieser Seite eingegangenen Mitteilungen abweiche. Es sei klar, daß die Aussicht auf eine Unterbrechung der offiziellen Beziehungen zwischen beiden Regierungen in Moskau mit Bestürzung angesehen werden.

Abendsonne.

Von A. L. Lindbers. (8

Nachdruck verboten.

Wo immer sie war, was immer ihre Hände beschäftigte, nie hätte sie versäumt, ihre Gedanken zu dem Gebetswunsch zu sammeln: „Gott segne meinen Bruder Eilhard", mit einer Innigkeit und Konzentration, von der sie nicht zweifelte, daß sie ihm in irgendeiner geheimnisvollen Weise wohltun müsse. Ob er wohl inzwischen gelernt hatte, den gleichen Wunsch für seine „Schwester Christine" zum Thron des himmlischen Vaters hinaufzusenden?

Ein mystischer Zug kam auf diese Weise in ihr Wesen, der sie wohl ein wenig weltfremd machte, aber auch reich an heimlichem Glück. — Indem ihre Gedanken die Kräfte einer jenseitigen Welt ehrfürchtig umkreisten, gewöhnte sie sich, das tägliche Leben mit einer heiteren Gelassenheit zu betrachten, die nichts Verstiegenes hatte, so sehr sie auch ihren Jahren vorauseilte. Und so geschah es, daß die kleine Christine allmählich wieder lächeln, ja sogar singen lernte. Sie dachte oft darüber nach, in welcher Weise doch der Segen über Eilhard kommen möge; Gottes Wege waren ja mannigfaltig. Er konnte segnen durch herzensstille Ergebung oder durch Ersatz für Verlorenes.

Vielleicht führte er Eilhard eine Frau zu, die ihn sehr, sehr glücklich machte.

Als Christine dieser Gedanke zuerst kam, gab er ihr trotz allem doch etwas wie einen Stich ins Herz. Lange dabei verweilen konnte sie nicht. „War das Eifersucht? Belog sie am Ende nur sich selbst und den himmlischen Vater mit ihrem Gebet für ihren „Bruder" Eilhard? Die kleine Christine ging sehr strenge mit sich ins Gericht. War da nicht doch noch manches in ihrem Herzen, das ausgerottet werden mußte, bevor sie ein reines Gebet zum Himmel emporschicken durfte? Los von der Selbstsucht und von allen eigenen Wünschen! Das mußte ihr Wahlspruch sein. So wuchs sie mehr und mehr an ihren Lebenserfahren, und in ihre Augen kam der eigene Glanz, der von stillen Kämpfen und Siegen spricht.

Dann verlobte sich ihre Freundin Anna Ritzau. Sie nähte ihr das Brautkleid und geleitete sie als Brautjungfer, und auf der Hochzeit geschah es, daß Adolf Ritzau sie fragte, ob sie seine Frau werden wollte. Er war Prokurist in einem großen Exportgeschäft, seine Verhältnisse waren ausgezeichnet und auch sonst war in keiner Hinsicht etwas gegen ihn einzuwenden. Das wußte Christine, und dennoch half kein Bitten, kein Bereden. Es ging einfach nicht, es wäre ein Unrecht gegen den schmucken, fröhlichen Menschen gewesen. Was hätte sie ihm als Entgelt für seine Liebe geben können? Durch ihre Träume schritt noch immer ein anderer; all ihre sorgenden Gedanken galten einem anderen. Ihr Erinnern an Eilhard war fast zu einer Art von Kultus geworden. Sie würden einander auf Erden nicht wiedersehen, aber unausrottbar ist des Menschen hoffendes Glücksverlangen. Und so begann ihr Herz in einer andern Welt zu suchen, was dieses Leben ihr schuldig bleiben mußte.

Und damit gewann ihr Leben das Ziel, dessen nun einmal keine tiefer angelegte Natur entraten kann, und die Hoffnung, ohne die jedes Dasein nur ein kümmerliches Hinschleppen von einem Tag zum andern ist. Die arme kleine Hausschneiderin wurde wieder, was sie vorher gewesen war — reich und glücklich. Man hörte so allmählich auf, sie „die kleine reizende Wardenberg" zu nennen. Sie war zwar so hübsch wie nur je, und noch immer folgten ihr auf der Straße wohlgefällige Blicke, aber ihr Wesen hatte eine frauenhaft-reife Güte bekommen, etwas beinahe Vergeistigtes, zu dem die spielkätzchenhafte Bezeichnung nicht mehr so recht passen wollte. Immer schienen die klaren, dunklen Augen auf Leid und Freud' ihrer Kunden, an dem sie doch so innigen Anteil nahm, mit einer Art von wissender Ueberlegenheit zu sehen. Man kam nicht nur mit Fragen und Sorgen zu ihr, sondern auch mit Bekenntnissen. Dann lächelte sie so sonnig wie nur je. Wie gut waren die Menschen zu ihr; und wie gut war sie zu ihnen! So baute sie sich ihre eigene Welt.

Die Mutter hatte sie allmählich, ohne es zu ahnen, hinter sich zurückgelassen. Diese stand innerlich auf anderem Boden. Trotz ihrer herben Unanfechtbarkeit und musterhaften Arbeitsamkeit waren in ihr kleine, derbe Züge; für die zarte Geistigkeit der Tochter hatte sie nur Achselzucken gehabt. Nachdem Christine ein paarmal auf völlige Verständnislosigkeit gestoßen war, vermied sie instinktiv alles, was die innere Wesensverschiedenheit hätte betonen können. Sie liebte ja in der Mutter die einzige, die ihrer wirklich bedurfte, die sich innerhalb der Grenzen ihres Verständnisses mit ihr freute, die des Abends die Stube für sie hell und warm hielt und ihr das Bewußtsein gab, eine Heimat zu haben.

Von Eilhard hörte sie nie, wußte nicht einmal, wo ihre Gedanken ihn zu suchen hatten. Ob er verheiratet war? In stillen Stunden phantasierte sie wohl von all den hübschen Kleidchen, die sie für die Kinder hätte nähen mögen, und dachte, daß er seiner Schwester Christine doch wohl einmal hätte schreiben können. Aber der Brief kam nicht, und so blieb schließlich nur die Annahme, daß Eilhard sich getröstet habe bis zu völligem Vergessen. Vergessen aber ist gleichbedeutend mit Tod, und dieser Gedanke war der einzige, der Christines klare Augen zu trüben vermochte.

Der bessere Teil ihrer Jugend stahl sich ihr so unter den Händen weg, ohne daß sie es recht gemerkt hatte. Die Reihen ihrer alten Kunden lichtete der Tod, aber neue traten dafür ein. Die Kinder von einst wurden Backfische, die Backfische Hausfrauen und Mütter, und dann siedelte Christine aus dem Haushalt der Eltern in den der Kinder über. Man versicherte ihr oft in liebenswürdiger Eigensucht, daß es ohne sie einfach nicht gehe. Sie selbst meinte, sie würde so immer und immer als nützlicher Hausgeist wandern, bis die Finger steif wurden, bis der alternde Kopf den Wechsel der Moden nicht mehr begriff und sich ihr im Heiligeistkloster das Altersstübchen auftat, wie sie es einst lachend prophezeit hatte.

Da raffte eine kurze, schwere Krankheit die rüstige Mutter in wenigen Tagen hinweg und damit erhielt das ganze Leben ein anderes Gesicht. Als Christine zum erstenmal nach dem Begräbnis von der Arbeit in die dunkle halbkalte Wohnung heimkehrte, packte sie das Gefühl ihrer Verlassenheit mit aller Gewalt. Ihre Damen hatten ihr ja so freundlich die Hand gedrückt, teilnehmende Worte gesagt und allerlei guten Rat gegeben, aber das machte das leere Leben nicht reicher. Für wen bedeutete sie jetzt noch etwas? Für wenn arbeite sie? Nur für sich selbst?

Seufzend machte sie Licht und sah nun, daß im Briefkasten etwas schwarzgeändertes steckte. Vermutlich ein verspäteter Kondolenzbrief. So war es auch. Die verwitwete Schwägerin ihres Vaters schrieb an sie und bot ihr nach den üblichen, für die Gelegenheit passenden Gemeinplätzen an, zu ihr zu ziehen.

Christine war nicht wenig erstaunt über diesen Vorschlag der Tante, sie hatte alles andere erwartet, denn Frau Doris Wardenberg hatte sich bisher als Frau eines Steueraufsehers der Schwägerin, die mit Kohl und Rauchwaren handelte, immer ernstlich überlegen gefühlt und sich wenig um sie gekümmert; aber jetzt hatte sie triftige Gründe für ihre Leutseligkeit. Sie lebte als Zimmermieterin in einer norddeutschen Residenz und besaß sogar ein eigenes kleines Haus. Sie war eine beliebte Wirtin, denn ihre Wohnungen waren gut und preiswert, hatte auch noch keine Neigung, das einträgliche Geschäft aufzugeben aber sie wurde gichtisch und schwerhörig. Eine Verwandte in gesetzten Jahren war doch einem jungen „Finkflöter" von Dienstmädchen, das den Jüngsten, die es zu bedienen hatte, womöglich verliebte Augen machte, bei weitem vorzuziehen, und an die Stelle des Gehaltes konnte „familiäre Behandlung" treten. Diese letzte Erwägung besonders stimmte die Worte der Tante auf so warmen und einladenden Ton, daß Christines Herz sofort gewonnen wurde. Ein Mensch kam zu ihr, der ihrer bedurfte. O ja! Gern, gern. Unter dem vollen Eindruck ihrer Vereinsamung sagte sie noch am selben Abend ohne weiteres Ueberlegen zu, trotzte dem Sturm von Klagen und Einwürfen ihrer ganzen Kundschaft, brach ihre Zelte ab und zog von dannen.

Das ward nun ein gänzlich verändertes Leben, und der Wechsel war nicht unbedingt angenehm. Aus ihrer gerubsamen Schneiderede sah sie sich in ein fast hotelmäßiges Getriebe versetzt, denn die Tante unterhielt auch für ihre Herren einen Mittagstisch. Für Christine, die so viele Jahre sich immer nur an einen gedeckten Tisch hatte setzen dürfen, hieß es jetzt am Herd stehen, Küchenzettel bedenken, zu Kaufleuten und Gemüsehändlern laufen, und wehe, wenn sie nicht vorteilhaft eingekauft hatte! Denn Tante Doris war launisch und genau.

Ein paar Wochen lang litt sie bitteres Heimweh nach der lieben, alten Tätigkeit, aber ihr heiteres Temperament kam ihr zu Hilfe, und ihr mitfühlendes Interesse für die Menschen um sie her ließ sie schließlich auch hier heimisch werden. Nie hätte ihr ein Hausgenosse zu einem bloßen Zahler werden können, der für eine bestimmte Summe eine bestimmte Leistung beanspruchen konnte. Ueber das nüchterne Geschäftsverhältnis hinweg schenkte ihr warmes Herz seine persönliche Anteilnahme, die die Arbeit zu einem Freundschaftsdienst adelte.

Noch immer war sie zierlich und anmutig und Männeraugen erfreulich, und die Mieter fanden, daß die Pension Wardenberg seit ihrem Eintritt angenehm gewonnen habe. Mit der Zeit gewöhnte mach sich sogar daran, in ihr etwas zu sehen, das die Mitte hielt zwischen einer jüngeren Tante und einem älteren Kameraden, denn auch für den selbstbewußten jungen Mann gibt es Augenblicke, wo ihm Frauenwerk und Frauenhand not tut, über ein sauberes Zimmer und einen gutbestellten Tisch hinaus. Und wieder wie einst sah Christine sich als Vertrauensperson in allen möglichen Angelegenheiten, Geldsachen, Liebessachen, Geschäftssachen. „Ich werd' mal mit der Christel reden," galt bald als erstes Auskunftsmittel, und wenn sie auch nicht immer Rat wußte, so war es doch schon angenehm, sich mit ihr aussusprechen.

Was war's nur, das ihr die Herzen auch dieser fremden Menschen so schnell erschloß? Ihr liebes Lächeln, die fröhlichen Augen oder die tiefinnerste Mütterlichkeit eines leidgeprüften Herzens?

(Fortsetzung folgt.)

Trauerfeier in Lausanne.

Lausanne, 15. Mai. Die offizielle Trauerfeier zu Ehren Worowskis fand gestern nachmittag auf dem Friedhof zu Montoi statt. Erschienen waren mit der Witwe des Ermordeten die gesamte türkische Delegation unter Führung Ismed Paschas. Vertreter verschiedener kommunistischer Verbände und zahlreiche Pressevertreter. An dem rotdrapierten Sarge, der von zahlreichen Kränzen, unter diesen ein Kranz der russischen Regierung und der türkischen Delegation, hielt der Botschaftsrat Ustinoff von der Botschaft in Berlin folgende Rede:

Wir haben in unserem Genossen Worowski einen unserer besten Mitkämpfer und Kameraden verloren. Selbst seine Feinde mußten seine hohen moralischen Tugenden und seinen edlen Charakter anerkennen. Er wurde auf seinem Kampfplatz feige ermordet, aber der Kampf wird weiter geführt. Die Geschichte wird sich gegen diejenigen wenden, die den Mord erzeugten. Die Arbeitermassen werden ihre Wachsamkeit und ihre Energie im Kampfe gegen den internationalen Faszismus verdoppeln. Der tragische Tod Worowskis wird zweifellos seine Auswirkung in der auswärtigen Politik finden. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß nur die Verwirklichung der Ideen, für die der Dahingeschiedene kämpfte und die die Leitsätze der aktiven Politik Sowjetrußlands bilden, der Welt den Frieden geben kann. Die Ueberlebenden führen den Kampf weiter.

Hierauf hielt der russische Rote-Kreusdelegierte in Rom Scheitel, namens der russischen Vertretung in Rom und der Vorstand der schweizerischen kommunistischen Partei, Dr. Nolti, Ansprachen zu Ehren des Ermordeten.

Der Sarg wurde dann auf einem rotdrapierten Leichenwagen nach dem Bahnhof geleitet, wo er in Gegenwart der Witwe in den Leichentransportwagen gehoben wurde. Am Bahnhof hatte sich trotz des strömenden Regens eine große Menschenmenge eingefunden, die während der Zeremonie eine respektvolle Haltung bewahrte. Die Ueberführung des Sarges nach Berlin erfolgt heute früh mit dem Schnellzuge 8.10 Uhr in Begleitung der Vertreter der russischen Botschaft in Berlin.

Diwilkowski, der noch nicht transportfähig ist, bleibt vorläufig mit Dr. Stürmer in Lausanne. Entgegen früheren Mitteilungen ist die Tochter Worowskis nicht nach Lausanne gekommen. Sie liegt schwerkrank in Rom und weiß nichts von der Ermordung ihres Vaters.

Lausanne, 15. Mai. Die russische Delegation ist heute morgen nach Berlin abgereist. Der bei dem Attentat verwundete Ahrens wurde auf einer Krankenbahre in den Wagen getragen. Frau Worowski hat heute vormittag ihre Rückreise nach Rom angetreten.

*

Die Untersuchung.

Lausanne, 14. Mai. Der mit den Erhebungen gegen die Mörder Worowskis beauftragte Untersuchungsrichter Duvvert nahm in Genf verschiedene Haussuchungen bei Mitgliedern der allrussischen Rote-Kreuz-Organisation vor. Er verhaftete ein Mitglied dieser Organisation namens Volunin der als Absender eines beim Mörder vorgefundenen Briefes festgestellt wurde. Volunin wurde jedoch wieder aus der Haft entlassen unter der Bedingung, daß er sich zur Verfügung halte.

*

Die Trauerfeier in Berlin.

Berlin, 15. Mai. (Telegr.) Morgen Mittwoch wird in der russischen Botschaft eine Trauerfeier für den Gesandten Worowski abgehalten werden. Der Leichnam trifft am Morgen auf dem Anhalter Bahnhof ein, wo Botschafter Krestinsky ihn erwartet, um ihn zum Botschaftsgebäude zu geleiten. Dort wird der Leichnam aufgebahrt. Am Nachmittag findet dann im Botschaftsgebäude selbst die Trauerfeier statt. Um 6 Uhr erfolgt unter dem Geleit der hiesigen Botschaftsbeamten die Ueberführung nach dem Schlesischen Bahnhof.

Deutsches Reich.

Zum Verbot der deutschvölkischen Freiheitspartei.

Abgeordnete dieser Partei dürfen Versammlungen abhalten.

Wie der amtliche Preußische Pressedienst zu dem vom Reichsminister des Innern Oeser im Reichstag erwähnten Erlaß des preußischen Ministers des Inneren über die Durchführung des Verbotes der deutschvölkischen Freiheitspartei meldet, sind nach dem Erlaß Versammlungen und deren Einberufung von aufgelösten Organisationen oder etwa vorhandenen oder noch auftretenden Fortsetzung derselben ausgeht, unzulässig. Anderseits ist es den Abgeordneten selbst, die im Reichstage eine besondere Gruppe bilden, auf Grund der parlamentarischen Rechte unbenommen, persönlich und schriftlich auch mit einzelnen Staatsbürgern, die sie als die politischen Anhänger ansehen, in unmittelbaren Verkehr zu treten und im Staatsgebiet Versammlungen abzuhalten, sofern die Einberufung von ihnen, den Abgeordneten, selbst ausgegangen oder erkennbar in ihrem Auftrage geschehen ist. Allerdings darf sich eine solche Versammlung unter keinen Umständen als eine Umgehung der Auflösung der deutschvölkischen Freiheitspartei oder als eine Beteiligung einer deren Fortsetzung unter anderer Bezeichnung bildenden Organisation darstellen.

Verbot der proletarischen Hundertschaften.

Der preußische Innenminister löste und verbot mit Erlaß vom 12. Mai auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. 7. 22 die sogenannten proletarischen Hundertschaften für das preußische Staatsgebiet.

In der Begründung wird nur ausgeführt, daß die proletarischen Hundertschaften durch die Ausübung polizeilicher Befugnisse, wie Straßenpatrouillen und Postendienst verbunden mit Leibesvisitationen sich staatliche Hoheitsrechte anmaßten, wobei es unter teilweise gewaltsamen Ausschaltungen der berufenen Sicherheitsorgane wiederholt zu blutigen Ueberfällen und Zusammenstößen gekommen ist. Die proletarischen Hundertschaften stellten sich hiernach im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches als Verbindungen dar, zu deren Zwecken und Betätigungen gehöre, Maßregeln der Verwaltung durch ungesetzliche Mittel zu verhindern und entkräften. Nach den öffentlichen Werbungen und der militärischen Organisation und Bewaffnung seien die proletarischen Hundertschaften tatsächlich auch dazu ausersehen, den offenen Kampf vorzubereiten und zu führen. Dieser Kampf sollte sich nach den verschiedensten Veröffentlichungen der kommunistischen Presse angriffsweise gegen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes, gegen das Bürgertum, die Sozialdemokratie und letzten Endes gegen die verfassungsmäßig festgestellte Regierung selbst richten. Die proletarischen Hundertschaften seien somit staatsfeindliche Verbindungen.

*

Zur Ermäßigung der Lohnsteuer.

Bekanntlich haben Steuerausschuß des Reichstages und Reichsrat in ihrer Sitzung vom 12. Mai beschlossen, die Lohnsteuer wesentlich zu ermäßigen. So kann vom 1. Juni 1923 ab an der Steuerschuld in Abzug gebracht werden: für den Steuerzahler und seine Ehefrau je 1200 Mark im Monat, für jedes zur Haushaltung zählende Kind 8000 Mark im Monat und als Ablösung der Werbungskosten 10 000 Mark im Monat. Kinder über 17 Jahre, die ein selbständiges Einkommen haben, werden nicht gerechnet.

Diese Regelung wirkt sehr unsozial, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß das Realeinkommen kinderreicher Familien den Unverheirateten gegenüber seit einem Jahr stark zurückgegangen ist; sie trägt der außerordentlichen Not in kinderreichen Familien auch nicht im geringsten Rechnung. Von dem Abg. Höner (Ztr.) wurde im Steuerausschuß des Reichstages auf diese Tatsache hingewiesen und er beantragte, daß bei einem Kind 8000 Mark an der Steuerschuld nachzulassen sei, für jedes weitere Kind aber 2000 Mark mehr. Dieser Antrag wurde vom Steuerausschuß abgelehnt. Der Vertreter der Regierung wandte sich gegen ihn mit der Begründung, daß er die Durchführung der Lohnsteuer erschwere. Auch die Vertreter der Sozialdemokratie bekämpften ihn. Man scheint in ihren Reihen die schreiende Not in den kinderreichen Familien nicht zu kennen. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß sie die durch den Vertreter des Zentrums beantragte Erleichterung der kinderreichen Familien ablehnen konnten.

Neues Zündwarensteuergesetz.

Der Entwurf eines neuen Zündwarensteuergesetzes ist im Reichsfinanzministerium fertiggestellt und dem Reichsamt zur Beschlußfassung zugegangen. Die Zündwarensteuer soll künftig, um sie den Schwankungen des Geldwertes anzupassen, vom Herstellerverkaufspreis erhoben werden. Der Steuersatz beträgt 20 Prozent. Die Einnahmen werden auf Grund des neuen Steuergesetzes auf rund 27 Milliarden Mark veranschlagt. Die Besteuerung der Feuerzeuge und Zündmetalle soll künftig fortfallen.

Ein kostspieliger Staatsprozeß.

Marienwerder, 15. Mai. (Telegr.) Im Rechtsstreit zwischen dem preußischen Finanzministerium und dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen um die vom Finanzminister Lüdemann in Besitz genommenen ausgedehnten Herrschaften Floctow und Krojanke in Westpreußen hat im heutigen Termin das Oberlandesgericht Marienwerder die Berufung des Finanzministers gegen das erstinstanzliche Urteil zurückgewiesen und die Herrschaften in vollem Umfang dem Prinzen als Eigentum zuerkannt sowie die Kosten des Prozesses dem preußischen Finanzminister auferlegt. Es handelt sich um einen der größten Prozesse, die bisher deutsche Gerichte beschäftigten. Die Kosten der zweiten Instanz werden allein auf etwa eine halbe Milliarde geschätzt.

Ausland.

Die belgische Schuld an Amerika.

Paris, 15. Mai. (Telegr.) „Chikago Tribune" erfährt aus Washington, es verlaute, daß Belgien es ablehnte, die Regelung seiner 4½ Milliarden Dollar betragenden Schuld an die Vereinigten Staaten auch nur zu erörtern. Es begründe seine Haltung damit, daß es mit Wilson in Paris ein Abkommen getroffen habe, das Belgien von seiner Schuld befreie. In Washington sei man der Ansicht, daß nur der Kongreß, nicht aber Wilson Belgien von seiner Schuld befreien könnte. Auch Wilson persönlich verleugne die belgische Auffassung.

Es verlaute weiter, daß Rumänien ebenfalls seine Zahlungsunfähigkeit selbst für die Zinsen seiner amerikanischen Schulden erklären wolle.

*

Gefährdung des englischen Kabinetts?

na. London, 15. Mai. (Telegr.) Das englische Kabinett scheint neuerdings durch eine Entscheidung des Oberhauses gefährdet. Der englische Innenminister hat im Herbst vorigen Jahres 100 irische Revolutionäre verhaftet und nach Irland bringen lassen, da sie angeblich Komplotte gegen die Sicherheit Englands vorbereiteten. Einer der Verhafteten hat nun eine gerichtliche Entscheidung zu seinen Gunsten herbeigeführt. Wegen dieses Urteils hat der Minister an das Oberhaus appelliert, welches sich aber für unzuständig erklärte. Infolgedessen soll der Innenminister bereits seine Entlassung eingereicht haben. Ob sich aus diesen Vorgängen tatsächlich, wie die englischen Blätter melden, ein Rücktritt des Gesamtkabinetts ergeben wird, wird abzuwarten sein. Außenpolitische Bedeutung findet jedenfalls dieser Vorgang unter keinen Umständen.

Internationaler Kongreß für Frauenstimmrecht.

Rom, 15. Mai. Der internationale Kongreß für Frauenstimmrecht wurde in Anwesenheit von 2000 Delegierten von 40 Nationen eröffnet. Mussolini erklärte, daß die faszistische Regierung, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse einträten, sich verpflichte, gewissen Kategorien von Frauen das Stimmrecht zunächst bei den Wahlen zu den Verwaltungskörpern zu gewähren. Es werde auch die Lösung anderer Frauenfragen unterstützen. Ferner erinnerte Mussolini daran, daß die Regierung das Abkommen von Washington betr. Nachtarbeit und das Gesetz gegen den Mädchen- und Kinderhandel gebilligt habe. Er entbot den Frauen, die an den Leiden des Krieges teilgenommen und der menschlichen Gesellschaft ihre wertvolle Mitarbeit geschenkt hätten, seinen Gruß. Darauf wurde von einer Vertreterin die Fortschritte der Frauenbewegung dargelegt.

Das Räuberwesen in China.

London, 15. Mai. (Telegr.) Wie Reuter aus Hangkau meldet, ist in der Umgebung der Stadt eine Bande von 1000 Räubern aus Hunan erschienen, die als Preise ihres Abzuges 150 000 Dollar und Lieferung von Munition fordert. Die Bewohner haben die Forderungen abgelehnt. Die Ausländer sind in großer Sorge und erwarten Unruhen. Jeder Zug der Strecke Peking-Hangkau führt einen Panzerwagen mit 40 Soldaten und Maschinengewehren mit sich.

Parlamentarisches.

Aus den Ausschüssen.

Berlin, 15. Mai. Der Reichshaushaltsausschuß des Reichstages bewilligte im Rahmen der zweiten Ergänzung zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1923 zum Bau von Handelsdampfern in Ablösung besonderer Verpflichtungen 146 Milliarden Mark, die die Reedereigemeinschaft zur Schadloshaltung für die im Kriege untergegangenen holländischen Dampfer übernommen hat. Damit ist gleichzeitig beabsichtigt, nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen zur Vorbeugung der immer drohender um sich greifenden Erwerbslosigkeit im Schiffsbaugewerbe, so daß erhebliche Beträge für unproduktive Erwerbslosenfürsorge erspart werden können.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums wies auf die gespannte politische Lage hin, die es der Finanzverwaltung zur Pflicht mache, ebenso wie auf die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens so doch auch vor allem auf die Erhaltung der Ordnung der Finanzen mit Nachdruck zu achten. Selbstverständlich sei die Finanzverwaltung bereit, soweit die Finanzen es irgendwie zuließen, die produktive Erwerbslosenfürsorge durch Hingabe von Mitteln weitestgehend zu unterstützen. Auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums sprach sich im Sinne der Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge aus.

v. Knilling über die bayerische Notverordnung

München, 15. Mai. (Telegr.)

Der Staatshaushaltsausschuß des Landtages beschäftigte sich am Dienstag mit der kürzlich erlassenen Notverordnung der bayerischen Gesamtregierung. Ministerpräsident von Knilling nahm dabei das Wort zu längeren Ausführungen. Er erklärte, daß die Verordnung mit den Führern der Koalition besprochen worden sei. Sie spreche eine so deutliche Sprache, daß über die Absichten und Ziele der Regierungsmaßnahmen kein Zweifel bestehen könne und daß sie nicht noch längerer Erläuterung bedürfe. Die große Mehrheit des Volkes will, daß die verantwortliche verfassungsmäßige Regierung das innerpolitische Leben in Bayern mit fester Hand gegen jeden Versuch der Störung von Ruhe und Ordnung schützt. Es habe aber geringe Freude daran, wenn im Parlament immer wieder die gleichen Ziele aufs neue in aller Breite zum Gegenstand weitläufiger Auseinandersetzungen gemacht würden. Wer die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern nüchtern betrachte, werde nicht in Abrede stellen können, daß der Schritt, zu dem sich die bayerische Regierung entschlossen habe, den unbestreitbaren Bedürfnissen entspreche. (Zustimmung rechts und bei den Dem.). Er werde aber auch zumal im Hinblick auf die Geschehnisse am 1. Mai anerkennen müssen, daß der Zeitpunkt für das Vorgehen der Regierung günstig gewählt war, denn am 1. Mai mußte sich jeder sagen daß die Dinge nicht so weiter gehen können, wenn das Volk nicht an der Staatsgewalt irre werden sollte. Eine Regierung, die sich ihrer Sorge um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bewußt sei, könnte sich der Pflicht nicht entziehen, der Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse mit allen gesetzlichen Mitteln vorzubeugen. Am 1. Mai fühlte die Regierung sich durchaus im Besitz der erforderlichen Machtmittel, um die Lage zu meistern. Namentlich die Landespolizei stand an diesem Tage auf der Höhe ihrer Aufgabe.

Der Ministerpräsident erläuterte hierauf im einzelnen die Bestimmungen der Notverordnung. Sie sollen der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden eine richterliche Handhabe liefern, um den Auswüchsen des Versammlungswesens unter freiem Himmel und dem Mißbrauch der Straße, sowie den Umtrieben entgegenzutreten. Die einzelnen Organisationen, mögen sie kommunistische Hundertschaften, sozialistische Abwehrabteilungen, nationalistische oder andere Sturmtruppen sein, müßten sich vor Augen halten, daß sie selbst es sind, die entgegen den Geboten und Verboten der Verordnung einen Tatbestand schaffen, auf Grund dessen gegen sie vorgegangen wird. Das Werkzeug der Gewalt darf in einem geordneten Staatswesen nur in der Hand des Staates sein. (Zustimmung.) Ein Verbot politischer Parteien liege nicht in der Absicht der Verordnung. Der Ministerpräsident schloß, die ganze Verordnung sei auf bayerische Verhältnisse und Bedürfnisse eingestellt. Sie beschränke sich darauf, die schlimmsten Auswüchse und Ueberschreitungen zu treffen.

An die Erklärung des Ministerpräsidenten schloß sich eine lange Aussprache, in der die Redner der bürgerlichen Parteien die Maßnahmen der Regierung billigten. Der demokratische Redner betonte dabei, daß seine Partei gewünscht hätte, daß bezüglich der Stoßtruppe nicht entschiedener vorgegangen wäre. Damit war die Besprechung geschlossen.

Arbeiter- und Gewerkschaftsfragen

Die Mailöhne für die Reichsarbeiter.

Berlin, 15. Mai. (Telegr.) Die Besprechungen mit den Spitzenorganisationen über die Festsetzung der Löhne der Reichsarbeiter für den Monat Mai, die gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium begonnen haben, haben heute dahin zu einer Einigung geführt, daß der Spitzenlohn des Handwerkers der Ortsklasse A auf 1005 Mk. für die erste Hälfte, auf 1350 Mk. für die zweite Hälfte des Monats Mai festgelegt wird. Der entsprechende Stundenlohn des ungelernten Arbeiters soll 942 Mk. bzw. 1263 Mk. betragen. Hierzu tritt eine Frauen- und Kinderzulage von je 75 Mk. für die Stunde.

Im Zusammenhang mit dieser Regelung tritt im System der Ortsklassenzulagen insofern eine Aenderung ein, als höhere Ortslohnzulagen als 100 Prozent vom 1. Mai ab nicht mehr bezahlt werden. Die Verständigung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kabinetts und der Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch Reichsrat und Reichstag.

Ueber eine entsprechende Regelung der Beamten- und Angestelltenbezüge finden heute nachmittag im Reichsfinanzministerium Verhandlungen statt.

*

Ende des Saarstreiks.

)(Saarbrücken, 14. Mai. Auch der alte (sozialdemokratische) Bergarbeiterverband beschloß in einer Revierkonferenz, die Arbeit nach den mit der Bergverwaltung getroffenen Vereinbarungen am 15. Mai wieder aufzunehmen.

Damit nahm der Streik der Saarbergleute nach genau hundert Tagen sein Ende.

Beamtenfragen.

Die Gehaltsfrage.

ss Berlin, 15. Mai. (Telegr.) Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Beamtengehälter haben zu dem Ergebnis geführt, daß der bisherige Zuschlag von 942 Prozent rückwirkend ab 1. Mai auf 1219 Prozent und ab 16. Mai auf 1672 Prozent erhöht wird. Das ausgezahlte vierte Monatsgehalt wird nicht angerechnet.

Kirchliche Nachrichten.

* Bochum, 15. Mai. Nach erfolgter Rückkehr in das Ruhrgebiet wird der apostolische Delegat Msgr. Testa seine angekündigten Besuche in den größeren Ruhrstädten Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Herne ausführen, um sich von den dort bestehenden Verhältnissen persönlich zu überzeugen.

* Hattingen, 15. Mai. Die Fronleichnamsprozession wird nach Mitteilungen des katholischen Pfarramtes in diesem Jahre mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse nicht stattfinden. Den gleichen Beschluß haben auch verschiedene andere katholische Gemeinden in der Nähe von Hattingen gefaßt.

Provinzielles.

Bochum, 15. Mai. Auf den Wochenmärkten des Industriegebietes haben die Organe der Wucherpolizei in letzter Zeit eine scharfe Kontrolle durchgeführt. Auf verschiedenen Märkten wurden große Mengen Lebensmittel, die zu Wucherpreisen verkauft wurden, beschlagnahmt und an karitative Anstalten abgeführt.

* Hörde, 15. Mai. Gestern morgen ließ die Emschergenossenschaft durch eine Essener Firma in der Wittenstraße den Gastanal reinigen. Vier Arbeiter gingen mit offenem Licht in den Kanal, wobei sich das gesammelte Gas entzündete und eine Explosion entstand. Die Arbeiter wurden teilweise schwer verbrannt. Die Verletzten mußten dem Krankenhause zugeführt werden.

* Barlo, 15. Mai. Einen recht empfindlichen Schaden erlitt der Landwirt Schlüter von hier. Der Hund seines Nachbarn hatte sich in der Nacht von Freitag auf Samstag vergangener Woche Einlaß in den Hühnerstall zu verschaffen gewußt und tötete 44 Stück dieses augenblicklich wertvollen Geflügels. Der Hühnermarder verscharrte die getöteten Tiere in einem Nachbargrundstück, wovon bereits 35 Stück wieder hervorgeholt werden konnten. Wie wir hören, wurde der Hund von seinem Besitzer sofort erschossen.

Habinghorst, 15. Mai. Nachdem nun auch die zehnte Schule mit Beschlag belegt worden ist, mußte der Schulbetrieb vollständig eingestellt werden.

* Oberhausen, 15. Mai. Einer in Hamburg ansässigen Firma wurden aus ihrem an der Duisburgerstraße gelegenen Lager in der Nacht vom vergangenen Freitag zu Samstag 9 Zentner Speck, 1 Faß Naturbutter, 4 Kisten Büchsenmilch und Büchsenfleisch im Werte von 7 Millionen Mark gestohlen. Die Täter haben das Schloß zu den Räumen einfach abgerissen, die Waren auf einen Wagen geladen und sind davon gefahren, ganz seelenruhig.

Vermischtes.

ss Lübeck, 15. Mai. (Telegr.) 70 ausländische Bürgermeister und Kommunalpolitiker, die eine Studienreise durch Deutschland unternehmen, trafen hier ein. Sie wurden vom Senat im Audienzsaal des Rathauses begrüßt. Beteiligt sind Holland, Finnland, Estland, Norwegen und die deutschen Städte der Tschecho-Slowakei. Am Sonntag abend waren die Herren Gäste des Senats und der Schiffahrtsgesellschaft.

Neue Luftlinien.

Wien, 15. Mai. Mit der Ankunft des Junkerflugzeuges aus München wurde gestern von der neugegründeten österreichischen Luftverkehrs-A.-G. die Flugpostlinie München-Wien des von dem Junker-Werke betriebenen transeuropäischen Flugverkehrs Schweiz-Deutschland-Oesterreich-Ungarn eröffnet. Auf dem Landungsplatz am Donauufer hatten sich zur Feier dieses Ereignisses Verkehrsminister Schuerff in Vertretung der Regierung, der Gesandte Dr. Pfeiffer mit mehreren Herren der deutschen Gesandtschaft, viele andere offizielle Persönlichkeiten und ein zahlreiches Publikum eingefunden. Minister Schuerff gab in erster Linie seiner Freude über den nunmehr eingerichteten regelmäßigen Flugpost-Passagier-Dienst zwischen Wien und München Ausdruck. Ein neuer Beweis der innigen Beziehungen, die die Deutschen in Oesterreich mit denen im Reiche verbindet.

)(Genf, 15. Mai. Der neue Luftverkehr Genf-München und zurück wurde am Montag durch die Ankunft des ersten Flugzeuges aus München offiziell eröffnet. Der Aufstieg in München erfolgte 8.40 Uhr am Morgen, die Ankunft in Genf um 2.05 Uhr am Nachmittag. Der Apparat wurde von dem deutschen Piloten Knorr gesteuert. Trotz heftigen Sturmwindes und starken Regens bis in der Umgebung von Bern vollzog sich der Flug ohne irgendwelche Störung. Dasselbe Flugzeug wird heute morgen um 1.15 Uhr am Nachmittag Genf wieder verlassen und nach München fahren.

Letzte Nachrichten

Dr. Wirth in Holland.

Um einen Kredit für Deutschland.

dt Amsterdam, 15. Mai. (Telegr.) Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth hat dem „Telegraaf" zufolge zur Zeit wichtige Besprechungen mit den an dem Zustandekommen des holländischen Kredits für Deutschland hervorragend beteiligten Präsidenten der holländischen Handelsgesellschaft van Kalt. An diesen Besprechungen nehmen auch verschiedene holländische Herren und ein Vertreter des holländischen Außenministeriums teil.

Senator Freycinet gestorben.

as Paris, 15. Mai. (Telegr.) Der frühere französische Ministerpräsident und langjährige Senator Freycinet ist heute abend im 95. Lebensjahr gestorben.

Neue Erhöhung der Güter- und Personentarife.

dt Berlin, 15. Mai. (Telegr.) Wie wir erfahren, soll dem Reichseisenbahnrat demnächst der Antrag zugehen, die Personentarife auf der Eisenbahn um 100 Prozent und die Gütertarife um 40 Prozent heraufzusetzen. Man glaubt, daß die Reichsregierung diesen Anträgen stattgeben wird.

Allerlei vom Pfingstochsen.

Von Ernst Edgar Reimérdes.

Es ist noch nicht lange her und mancher wird sich dessen erinnern, daß an einem der letzten Tage vor Pfingsten Schlachtergesellen einen besonders stattlichen Ochsen, dem man die Hörner vergoldet und an der Sohle mit Zitronen besteckt und den man mit Kränzen und bunten Bändern herausgeputzt hatte, in feierlichem Umzug durch die Straßen der Städte führten. (Die in Deutschland weitverbreitete Redensart „geschmückt wie ein Pfingstochsen" hat ihren Ursprung in diesem Brauch.) Ueberall, wo der Pfingstochse erschien, sammelte sich viel Volk an, um ihn zu betrachten, manchmal auch seinen Ausputz noch zu vermehren und ihn im Hinblick auf den Festbraten zu begutachten.

Der Pfingstochse, in Güstrow und Rostock Pipochse genannt, wurde später geschlachtet und sein Fleisch an den Feiertagen verzehrt. Mancherorten sammelten die Schlachtergesellen beim Umzug Gaben ein, für die sie eine Pfingstfeier veranstalteten. Im Harz heging die Fleischerzunft das Schlachtefest des Pfingsochsen durch einen Ball am Samstag.

Besonders großartig gestaltete sich einst in der Stadt Hannover der Umzug mit dem von den Knochenhauern gemästeten Ochsen, den der Amtsvorsteher auszuwählen hatte. An der Spitze des Zuges, an dem sämtliche Knochenhauergesellen teilnahmen, marschierten die Schützentambours. Infolge des Unfugs und der Krawalle, die meist dabei vorkamen, mußte der alte Brauch schließlich von der Obrigkeit verboten werden. Zur Entschädigung erhielten die Knochenhauergesellen von den Amtsmeistern jedes Jahr zwei Reichstaler ausgezahlt als Kostenbeitrag zu ihrem Pfingstball.

Uebrigens wurde früher in der Mittelmark sowie in Paris um Fastnacht ein geschmückter Ochse herumgeführt. Die Sitte des Umzugs mit dem Pfingsochsen, die bei uns bis in die Gegenwart hinein, am längsten in Thüringen, Mecklenburg, Braunschweig und Hannoverland, geübt worden ist, von der man aber in den letzten Jahren nichts mehr gehört hat, steht in gewissem Zusammenhang mit dem altgermanischen Maifest zu Ehren Wodans, des Beschützers von Ackerbau und Viehzucht. Wie die Kuh Freya, der Göttin der Liebe und Fruchtbarkeit, der auch die Birke, der Pfingstbaum geweiht war, heilig gewesen ist, so gilt der Ochse als das Opfertier des Götervaters, das man ihm am Frühlingsfest darbrachte. Die von den Priestern mit Laub und Blumen geschmückten Stiere wurden in feierlichem Zuge zu den Opferstätten geführt. Ein Teil des getöteten Tieres fiel den Priestern zu, ein anderer wurde dem Volk überlassen, das daraus ein Festmal bereitete. Bei dem am altgermanischen Maifest abgehaltenen Kampfspiel bildete ein Ochse den Siegespreis. Zu jener Zeit stand dies Tier in hohem Ansehen. Wie Plutarch berichtet, hatten die Cimbern einen ehernen Stier als Feldzeichen, bei ihm schworen sie ihre Eide, und wie uns Tacitus überliefert hat, zogen Kühe den heiligen Wagen der germanischen Erdgöttin Nerthus.

Da Pfingsten in vergangenen Jahrhunderten für gewisse Gegenden Deutschlands, wo viel Ackerbau und Viehzucht getrieben wurde, vorzugsweise ein Fest der Hirten und der mit dem Vieh beschäftigten Dienstboten war, so haben Ochse und Kuh bei den Bräuchen dieses Festes eine besondere Rolle gespielt. An einem der Pfingsttage fand der erste Austrieb des Viehs auf die Weide statt mit dem seit uralten Zeiten mancherlei Sitten verbunden waren. In einigen Gegenden pflegte man den schönsten Ochsen, bevor man ihn auf die Sommerweide brachte, mit Birkenlaub und Blumen aufgeputzt, durch den Hirten, der sein bestes Gewand angelegt und sich ebenfalls entsprechend geschmückt hatte, zu Pfingsten im Orte herumführen zu lassen, damit jeder ihn bewundern konnte. — Eine Schmückung des schönsten Ochsen bzw. derjenigen Kuh, welche die meiste Milch gab beim ersten Austrieb des Viehs um Pfingsten mit einem Kranz war allgemein üblich, es handelte sich dabei um eine Art Prämierung. Wahrscheinlich sind hieraus die Tierschauen hervorgegangen. Der Kranz wurde am Stand des betr. Tieres im Stalle aufgehängt, wo er bis zum nächsten Pfingsttage blieb.

Einst gab es zu Pfingsten in manchen Gegenden Hannoverlands Wettrennen der Kühe, wobei das schnellfüßigste Tier einen Kranz um den Hals, das zu letzt ans Ziel gelangende einen trockenen Busch an den Schwanz gebunden erhielt. Einen Wettaustrieb des Viehs, meist am Samstag vor Pfingsten, gibt es gegenwärtig noch an manchen Orten. Knechte und Mägde beeilen sich, die ihrer Obhut anvertrauten Tiere an diesem Tage möglichst früh auf die Weide zu bringen bzw. dem Hirten zuzutreiben. Die zuerst angetriebene Kuh erhält einen Kranz um den Kopf oder einen Birkenbusch (Dauseipe genannt) an den Schweif gebunden, sie wird Dauseiper oder Dauschlöpper genannt. Die zuletzt erscheinende Kuh, die „bunte Kuh" bekommt einen Tannenkranz mit Feldblumen um die Hörner geschlungen. In einigen Gegenden der Kreise Gifhorn und Lüneburg bekränzte man zu spät ausgetriebene Kühe mit Laub; die Kuhmägde, welche die Zeit verschlafen hatten, wurden mit allerlei Spottnamen belegt. In Westfalen heißt der zuletzt angetriebene Ochse, den man ebenfalls bekränzt, Pingstos, die letzte Kuh Pingstkau. Den Kuhhirten, der zuletzt an Ort und Stelle erscheint, Pingstos (Fuchs) genannt, verspottet mit dem Vers: „Pingstlok, du Eulenkopp. — Steist um nigen Euer (9 Uhr) op. — Waerst du en bietten eher opstahn, — Warrste keinen Pingstlok warn."

In den wendischen Dörfern im Kreise Salzwedel setzte man auf die zuletzt auf der Weide erscheinende Kuh eine mit Blumen verzierte Strohpuppe, mit der das Tier solange im Dorf herumgetrieben wurde, bis von der Puppe nichts mehr übrig war. In der oldenburgischen Marsch nannte man die zuletzt zum Melken kommende Magd Pingstbrut, in anderen Gegenden Oldenburgs bekam diejenige diesen Namen, welche mit ihren Kühen zuletzt auf der Weide erschien. Man band ihr einen Kranz aus Stroh oder Nesseln um und führte sie durchs Dorf, wobei man den Spottvers sang:

Pingstbrut, Jule Hut,
Wärst du'n bitken fröer upstahn,
Wörst di'n bitten beter gahn."

Steuersachen

Bearbeitung sämtlicher Steuersachen und Vertretung derselben bei den Behörden

Einrichten und Weiterführung der Buchführung.

Sprechstunden von 10—12 und 3—6 Uhr.

Treuhand-Revisions-Bureau

H. Skapowker,

Klosterstraße 13. Fernsprecher 8634.

Dr. Pay's echte Sodener Mineral-Pastillen werden aus den Heilquellen der Gemeinde Soden hergestellt. Wasserversand durch die Brunnenverwaltg.



Bad Soden am Taunus

heilt: Katarrhe, Asthma, Herz

26 Heilquellen, naturwarme, kohlensaure Sprudelbäder. Größtes Inhalatorium des In- und Auslandes. — Auskunft gegen Rückporto durch die Kurverwaltung.

Europäischer Hof. 1. R., 65 Zimmer, fließ. Wasser, gr. Ges.-R., gr. Park, mäßige Pensionspreise. 14855

Moderne Brillen

und Kneifer kaufen Sie vorteilhaft bei mir. Ich liefere ferner beste Qualität

Meniskengläser bis 6,0D, ohne Loch, für nur 3000.-
Meniskengläser bis 6,0D, mit 1 Loch, für nur 3500.-
Meniskengläser bis 6,0D, mit 2 Loch, für nur 4000.-

Beachten Sie bitte meine Preise im Schaufenster!

Optiker Zweibäumer Ringstr. 81
Ecke Elisabethstr., im Hause Rest. Salamander.

Lastkraftwagentransporte

jeder Art führt preiswert aus.

Bernhard Beckers, Ingenieur

Fernruf 1202 **Gelsenkirchen** Grenzstr. 118

Die schönsten

Schlafzimmer Küchen

und Einzelmöbel aller Art

finden Sie in reicher Auswahl

anerkannt preiswert.

Größtes Entgegenkommen.

Möbelhaus

S. Schmiedl Wwe. & Co.

Gelsenkirchen Ahstraße 27-29

gegenüber dem Rathaus.

Frauen und Töchter

die sich im Schnittzeichnen, Zuschneiden, Modellentwerfen, Anfertigung von Damen- und Kindergarderobe für Beruf und Familie sowie zur Meisterprüfung ausbilden wollen, erhalten gründlichen Unterricht bei 201

Frau Johann Peters, Kaiserplatz 1 I. Etage.

Ruf Wunsch Abendkurse. Telephon 3540

Vernickelung

von Haushaltungs- und Dekorationsgegenständen aller Art, Bügeleisen, Herden und Oefen, Handtaschenbügel, Zigarettenetuis etc. sauber und schnell.

Sandkuhls

Spezial-Fahrradhaus

Gelsenkirchen,

Werftstraße 64.

Drucksachen für Handel und Gewerbe

in geschmackvoller Ausführung schnell und billig. Buchdruckerei Chr. Münstermann, Gelsenkirchen, Ahstraße Nr. 37, in der Nähe des Rathauses.

80000 bis 350000

zahle für gebr. Herde, Kleiderschränke und Küchenbüfetts.

600000 bis 2 Millionen 14905

für ganze Haushaltungen. Karte genügt.

Böttcher,

Wilhelminenstraße 98.

Schwarzer 14818

Herd

guterhalten, zu verkauf. de Wilde, Rotthausen, Brunostr. 53, 1. Etage.

Gutgehender 14821

Regulateur

und Kinderwagen ohne Gummireifen, billig zu verkaufen.

Gelsenk.-Ueckendorf, Scheerenstr. 6, 3. Etage.

Was kostet heute eine Wohnungs-Einrichtung?

Da die zahlenmäßige Beantwortung dieser Frage ohne gleichzeitige Vorführung des Angebotenen kein erschöpfendes Bild gibt, haben wir für einige Tage

drei vollständige Wohnungs-Einrichtungen

mit Preisen versehen, in unsern Schaufenstern ausgestellt.

Diese Sonder-Ausstellung bietet im Anschluß an unsere einzig dastehende Auswahl einen zuverlässigen Anhalt, wie preiswert man vorerst noch

a) eine vornehme Aussteuer
b) eine gut bürgerliche Aussteuer
c) eine einfache, gediegene Aussteuer 15010

beschaffen kann.

Gebrüder Schürmann, Essen und Köln Zeppelinhaus

Größtes Spezialhaus Deutschlands für Wohnungseinrichtungen.



HAPAG

HAMBURG-AMERIKA LINIE
GEMEINSAMER DIENST MIT DER
UNITED AMERICAN LINES INC

Nach

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Etwa wöchentliche Abfahrten von

HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG, und deren Vertreter in:

Gelsenkirchen:

Rud. Burgmer, Bochumerstr. 20.

Trauringe

in allen Ausführungen zu äußersten Preisen.

M. Beckmann, Uhren, Gold- u. Silberwaren, 10617 Gewerkenstraße 4.

Anzüge nach Maß!

14823

Herren-Anzüge v. 260000 M. an.

Burschenanzüge bedeutend billiger.

Großes Lager in soliden, modernen Stoffen für Anzüge, Covercoats, gestr. Hosen usw. Aus gebrachten Stoffen fertige ich den Herren-Anzug zum Preise von **1270,0 Mk.** an.

G. Grabosch, Grenzstr. 115. Telephon 1736.

Solide Arbeit. Tadelloser Sitz.

Zahlungs-Erleichterung!



Man verlange ausdrücklich

Gilka-Kümmel.

J. A. Gilka, Aktiengesellschaft Berlin SW. 68.

Magen-, Darm-,

Leber-, Nieren-, Lungenleiden, Flechte, Krätze, Entzündungen, offene Beine, Hämorrhoiden, Nervenleiden usw. Größte Erfolge nachweisbar, selbst in verzweifelten Fällen. Homöopathie, Naturheilverfahren, Elektrizität und Höhensonne.

A. Demke, Gelsenkirchen, Hoistr. 2 am Alten Markt.

Sprechzeit: 9½—1, 4—7, Sonntags 10—12 Uhr.

Dr. 4ling Seife

Hersteller: J. Kron, München

Unerreicht in Duft und Güte!

Große Auswahl:

Schlafzimmer Küchen

Herde, Bettstellen, Matratzen, Waschkommoden, Konsolen, Kleider- u. Küchenschränke, Sofas 10564

in bekannt la. Qualität, noch sehr preiswert.

AufWunschZahlungserleichterung.

Westfäl. Möbelvertrieb

Vereinsstraße 41.

Zentral-Aufkaufstelle.

Für ganze

Haushaltungen

einzelne Zimmereinrichtungen, Salon-, Herren-, Eß- u. Wohnzimmer, Klaviere, sowie einzelne Möbel aller Art, **zahle sehr gute Preise.**

Telephon 3976. Bitte Karte.

Fr. Herder, Gelsenkirchen,

Berlinerstraße 4, am Stadtgarten.

Für Brautleute!

Benutzen Sie den niedrigen Stand des Dollars zur Anschaffung von

Trauringen.

Sie erhalten dieselben in jedem gewünschten Karat und Gewicht, fachmännisch sauber gearbeitet, bei billigster Berechnung bei

Uhrmacher und Goldwarenhändler

Herm. Meyer

Florastraße 35, I. Etage,

neben der Georgskirche. Telephon 3281.

Zu kulanten Bedingungen

empfehle ich:

Küchen, Schlafzimmer Einzelmöbel, Herde.

Auf Wunsch bequeme Ratenzahlung.

Möbelhaus M. Bamberger

Georgstraße 15.

direkt am Fischmarkt. 11581

Küche,

fast neu, naturlack., mit Linoleum, preiswert zu verkaufen. 14841
Frank. Hdlg., Bismarckstraße 110.

Getragene 14871

Anzüge,

mittlere Figur, Herrenschuhe, Größe 40, und Hüte zu verkaufen.
Oststraße 14, 2. Etg.

Ruth Kullick 5401

prakt. Dentistin

Theresienstr. 10, Ecke Hindenburgstr.
Tel. 3254. Sprechstd.: 9—1, 3—7 Uhr.

Möbel!

noch sehr billig trotz steigender Preise finden Sie in großer Auswahl bei der Firma

H. Liebau N.

Hochstraße 44, Nummer beachten.

Schlafzimmer, Küchen.

Elegante Formen, [14886] Beste Qualität.

Speisezimmer, Herrenzimmer, Einzelmöbel, Sofas, Herde usw.

Besichtigung erbet. Beste Kapitalanlage.

Unterricht:

in Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch.

Besondere Einjährigen-Kurse.

Unterricht morgens, mittags und abends. Besonders günstig für beruflich Tätige.

E. Hartmann, Glückaufstr. 28, II.

Stahlrahmenmatratzenfabrik „Westfalia"

Gelsenkirchen, Schalkerstraße 50

empfiehlt ihre aus bestem Material und sorgfältig gearbeiteten **Sprungfeder-Matratzen** zu äußersten Tagespreisen. Nur für Wiederverkäufer. Fernruf 2754.

Flügel

wegen Platzmangels preiswert abzugeben. Zu besichtigen im 14411

Musikhaus Kreuer

Wilhelmstr. 8, am Hauptbahnhof.

Grabkreuz,

Pitchpine, 2.70 m hoch, zu verkaufen. 14822
Ueckendorferstr. 66.

Achtung!

Konkurrenzhalber 14894

zahle ich für Altmetalle, die da sind:

Kupfer . . . 4500.-
Rotguß . . . 4000.-
Messing . . 3000.-
Blei und Zink 1800.-

F. Borawski

Florastraße 50a

Hinterhaus.

Wer nimmt 12jähriges Mädchen 14868

in Pflege,

am liebsten zu kath. Leuten. Offert. an Frau Odenthahl, Rotthausen, Ahnenstraße 33, nachmittags.

Heiratsgesuch!

Alleinstehender Mann mit groß. Barvermög. sucht pass. Damenbekanntsch. im Alter von 35 Jahren zwecks späterer Heirat. Schriftl. Anerb. u. Nr. 14914 a. d. Geschäftsst.

Witwe, kath., 40 J., 2 Kinder, 3-Z.-Wohnung u. Einrichtung, wünscht mit einem kath. soliden Menschen, am liebsten Bergmann in Verbindung zu treten, zwecks

Heirat.

Alter 38—45 J. Vermög. Nebensache. Gutes Herz Bedingung.
Schriftl. Anerb. unt. Nr. 14869 a. d. Gesch. d. Z.

Brauner 14898

Wachtelhund

mit weißem Fleck auf d. Brust abhanden gekommen. Vor Ankauf w. gewarnt. Wiederbringer erhält Belohnung. Beckmann, Königgrätzerstr. 16.

Schwarzer 14861

Zwergspitz

Dienstag morgen entlaufen. Wiederbr. erh. Belohn. Bochumerstraße 207.

Zentral-Theater, Operetten-Bühne.

Täglich 8 Uhr:

Der große Erfolg!

Der ersten Liebe gold'ne Zeit. 6091

Operette in 3 Akten von Leo Kastner. — Musik v. Jean Gilbert.

Gegen bar und auf

Teilzahlung

biete sehr preiswert an

Küchen und Schlafzimmer, sämtl. Einzel-Möbel, Betten, Herde, Sofas, Chaiselongues

Besichtigung erbeten. 10906

Möbelhaus

Rosendahl

Schalkerstraße 30.

Schalkerstr. 30 — Schalkerstr. 30

100000 M. Belohnung

zahle demjenigen, der mir über den Verbleib unserer Tochter, welche seit Freitag, 4. Mai 1923 verschwunden ist, der 17 Jahre alten, etwas geistesschwachen **Magdalene Schulte,** mittelgroß, bekleidet mit hellem Mantel und dunkelblauem Kleid, Auskunft geben kann. 14837

Franz Schulte, Maßler, Maßlerstr. 10.

Belohnung.

Wer uns die vor einiger Zeit von dem Grabdenkmal des verstorbenen Herrn **Direktors Rentscher** auf dem alten Friedhof in Ueckendorf entwendete

Bronzetafel

mit Lorbeergehänge, Lorberkranz u. 4 Rosetten ganz od. teilweise zurückschafft, erhält von uns eine Belohnung bis zu

50000 Mark.

Gelsenkirchen, Rheinelbe, 12. Mai 1923.

Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft.

Wolfshund

auf den Namen **„Zambo"** hörend, entlaufen. (Steuermarke 749). Wiederbringer erhält Belohnung. 14911

Seil- und Drahtindustrie „Glückauf" C. Krotte, Komm.-Ges.

am Bahnhof Gelsenkirchen-Wattenscheid Beigstraße.